



Zweckverband Nahverkehr Westfalen – Lippe NWL

6. Sitzung der Verbandsversammlung NWL am 30.06.2009 in Unna

Öffentliche Sitzung

TOP: 3

Vorlage: 11/09

Künftige Förderrichtlinie Investitionsförderung NWL

Grundlagen:

ÖPNVG NRW

Berichterstatter:

Herr Geuckler

Begründung:

siehe Fortsetzungsblätter

Kosten:

keine

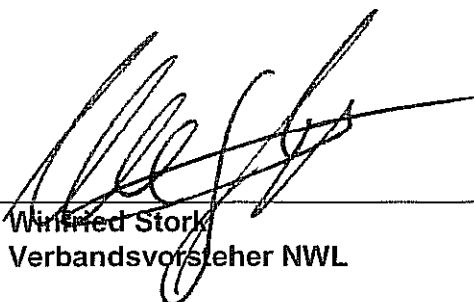
Beschlussfassung NWL:

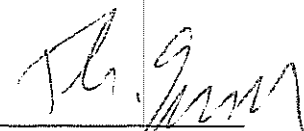
Vorherige Zustimmung der Mitgliedsverbände erforderlich:	Ja:		Nein:	<input checked="" type="checkbox"/>
--	-----	--	-------	-------------------------------------

Einfache Mehrheit:	<input checked="" type="checkbox"/>	2/3 Mehrheit:		Einstimmig:	
--------------------	-------------------------------------	---------------	--	-------------	--

Beschlussvorschlag:

1. Die Verbandsversammlung beschließt den Entwurf der Förderrichtlinie NWL für Vorhaben nach § 12 ÖPNVG NRW


Winfried Stork
Verbandsvorsitzer NWL


Th. Gemke
Stv. Vorsitzender der Verbandsversammlung

**Künftige Förderrichtlinie Investitionsförderung NWL
Öffentliche Sitzung**

Begründung:

1. Förderrichtlinie des NWL für Vorhaben nach § 12 ÖPNVG NRW

Seit dem 1. Januar 2008 ist der Zweckverband Nahverkehr Westfalen-Lippe (NWL) im Kooperationsraum C zuständig für die Förderung von Investitionen in die ÖPNV-Infrastruktur. Der Öffentliche Personennahverkehr hat im Rahmen der Daseinsvorsorge eine wichtige Funktion bei der Erfüllung der Mobilitätsbedürfnisse der Bevölkerung. Der Leitgedanke des NWL ist die Sicherstellung der Mobilität der Bürgerinnen und Bürger durch eine adäquate ÖPNV-Infrastruktur. Unter Beachtung der Ziele des Nahverkehrsplans soll zur langfristigen Sicherung des ÖPNV die Planung und der Ausbau der Infrastruktur betrieben werden.

Der NWL muss zur Umsetzung dieser Ziele, für die Bewilligung von Vorhaben nach § 12 ÖPNVG NRW, eine Förderrichtlinie aufstellen. Aktuell gilt die in der Verbandsversammlung am 14.01.2008 beschlossene Förderrichtlinie. Der vorliegende Entwurf der Förderrichtlinie des NWL ist mit den fünf Mitgliedsverbänden intern abgestimmt und am 28. April 2009 im Arbeitskreis der Kreise und kreisfreien Städte besprochen worden. Die Anregungen sind weitestgehend aufgenommen worden.

2. Inhalt

Der Entwurf der Förderrichtlinie beinhaltet das Regelwerk mit dem die Fördervorhaben nach § 12 ÖPNVG NRW verwaltungsmäßig abgewickelt werden.

In der Präambel ist festgelegt, dass die Verbandsversammlung des NWL zur Sicherstellung der genannten Ziele, Förderschwerpunkte (wie z. B. Ausbau Stadtbahn, Reaktivierung von SPNV-Strecken, E-Ticket, Umfeldvorhaben MOF2, Anschlusssicherung Bus/Schiene) festlegen kann.

In den einzelnen Abschnitten der Förderrichtlinie sind folgende Punkte geregelt:

- **1 „Zuwendungszweck“**

Gesetzliche Grundlagen für die Förderung des ÖPNV

- **2 „Gegenstand der Förderung“**

Die Fördertatbestände sind allgemein aufgeführt. Hier sind alle förderfähigen Vorhaben subsumiert.

Künftige Förderrichtlinie Investitionsförderung NWL

Öffentliche Sitzung

- **3 „Zuwendungsempfänger“**

Auflistung der möglichen Antragsteller

- **4 „Zuwendungsvoraussetzungen“**

Erfüllung u. a. von Voraussetzungen aus den Nahverkehrsplänen, aus dem ÖPNVG NRW dem Bundesbehindertengleichstellungsgesetz (BGG) sowie genehmigungs- und baurechtliche Voraussetzungen

- **5 „Art und Umfang“**

Höhe der Zuwendung: Art der Finanzierung und Hinweis auf Fördersätze

- **6 „Sonstige Zuwendungsbestimmungen“**

Hinweis u. a. auf einzuhaltende Regelwerke und Zweckbindungsdauer

- **7 „Verfahren“**

Verwaltungstechnischer Ablauf der Förderung von der Anmeldung bis zur Abrechnung

- **„Anlagen“**

In der **Anlage 1** sind die Fördersätze sowie die spezifischen zuwendungsfähigen Höchstbeträge der einzelnen Fördergegenstände dargestellt. Die Angaben entsprechen den zurzeit gültigen Förderregularien. Die in der **Anlage 2** dargestellte „Abgrenzungsrichtlinie NWL“ entspricht den bisher gültigen Regelungen. Die „Abgrenzungsrichtlinie NWL“ legt die Regeln der verwaltungsmäßigen Prüfung der Zuwendungsanträge fest. Die **Anlagen 3 bis 11** (Formulare) sind durch gesetzliche Vorgaben festgelegt. Die Anlagen 2 – 11 sind der Vorlage **nicht** beigelegt, können aber im Internet unter Vorlagen zur Verbandsversammlung eingesehen werden.

Im Unterpunkt 7.1 „Anmeldung von ÖPNV-Infrastrukturmaßnahmen“ ist festgelegt, dass eine Anmeldung für neue Vorhaben bis zum 31. Januar des dem Baubeginn vorausgehenden Jahres beim NWL erfolgen soll. Fördervorhaben mit einem Kostenvolumen > 3 Mio. € können, zur besseren Planbarkeit des Vorhabens, bis zu 5 Jahre im Voraus angemeldet werden.

Im Unterpunkt 7.2 „Maßnahmenkatalog (ÖPNV-Förderkatalog)“ ist festgelegt, dass der Maßnahmenkatalog in der ersten Hälfte des Jahres durch die Verbandsversammlung beschlossen wird. Mit einem Beschluss in der ersten Hälfte des Jahres wird den Antragstellern ausreichend Vorlaufzeit gewährt um eine Realisierung der Vorhaben im Folgejahr sicherzustellen.

Entsprechend der Präambel kann die Verbandsversammlung Förderschwerpunkte festlegen, um bestimmte Entwicklungen des ÖPNV für den Raum Westfalen-Lippe vorzugeben.

Um ein Ausschöpfen der zur Verfügung stehenden Mittel sicherzustellen, soll der Vorstandsvorsteher ermächtigt werden, zusätzliche Vorhaben bis 0,15 Mio. € bei freien Haushaltsmitteln für das jeweilige Förderjahr aufzunehmen.

**Künftige Förderrichtlinie Investitionsförderung NWL
Öffentliche Sitzung**

Vorhaben, die im Jahr ihrer vorgesehenen Durchführung (Einplanungsjahr) nicht bewilligungsreif sind, sind nach vorheriger Anhörung des Zuwendungsempfängers aus dem Förderkatalog zu nehmen. Mit dieser Vorgehensweise soll erreicht werden, dass nur Vorhaben angemeldet und eingeplant werden, die tatsächlich im vorgesehenen Zeitraum abgewickelt werden. Ein „mitschleppen“ im Programm mit Bindung der entsprechenden Haushaltsmittel soll dadurch vermieden werden.

Im Arbeitskreis der Kreise und kreisfreien Städte wurde am 28.04.2009 u.a. angeregt, der Verbandsversammlung NWL die Möglichkeit einzuräumen, bei Nichtauserschöpfung der vorhandenen Mittel durch die Neuanmeldungen, zur Sicherstellung der zugewiesenen Haushaltsmittel durch das Ministerium für Bauen und Verkehr (MBV), die Fördersätze für das entsprechende Jahr zu erhöhen.

Zur Klärung der Rechtslage ist das MBV angeschrieben worden zu prüfen, ob sich Auswirkungen aus den Regelungen der EU-Verordnung 1370/2007 auf die aufzustellende Richtlinie ergeben (z. B. Vermeidung von Überkompensation). Eine Antwort liegt noch nicht vor.

3. Weiteres Verfahren

Im weiteren Verfahrensablauf wird die beschlossene Richtlinie dem MBV zur Zustimmung vorgelegt. Das MBV beteiligt seinerseits das Finanzministerium, Innenministerium und den Landesrechnungshof. Mit der Zustimmung des MBV tritt die Richtlinie in Kraft.

Förderrichtlinie für den Zweckverband Nahverkehr Westfalen-Lippe

Weiterleitung von Zuwendungen nach § 12 ÖPNVG NRW
im Kooperationsraum C

Präambel

Seit dem 1. Januar 2008 ist der Zweckverband Nahverkehr Westfalen-Lippe (NWL) im Kooperationsraum C zuständig für die Förderung von Investitionen in die ÖPNV-Infrastruktur. Der Öffentliche Personennahverkehr hat im Rahmen der Daseinsvorsorge eine wichtige Funktion bei der Erfüllung der Mobilitätsbedürfnisse der Bevölkerung. Der Leitgedanke des NWL ist die Sicherstellung der Mobilität der Bürgerinnen und Bürger durch eine adäquate ÖPNV-Infrastruktur. Unter Beachtung der Ziele des Nahverkehrsplans wird zur langfristigen Sicherung des ÖPNV die Planung und der Ausbau der Infrastruktur betrieben. Die Verbandsversammlung des NWL kann zur Sicherstellung dieser Ziele Förderschwerpunkte (wie z. B. Ausbau Stadtbahn, Reaktivierung von SPNV-Strecken, E-Ticket, Umfeldvorhaben MOF2, Anschlusssicherung Bus/Schiene) festlegen.

1

Zuwendungszweck

Der NWL gewährt nach § 12 ÖPNVG NRW, nach Maßgabe des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW), dieser Richtlinie und den Verwaltungsvorschriften zu § 44 Landeshaushaltsordnung (LHO) Zuwendungen zur Förderung von Investitionen in die Infrastruktur des öffentlichen Personennahverkehrs.

Ein Anspruch des Antragstellers auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht, vielmehr entscheidet der NWL aufgrund seines pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

2

Gegenstand der Förderung

2.1

Gefördert werden

2.1.1

Infrastrukturmaßnahmen des ÖPNV gemäß § 12 ÖPNVG NRW (i.d.F. vom 1.1.2008). Hierzu zählen:

2.1.1.1

Neubau und Ausbau von Verkehrswegen der Straßenbahnen, Hoch- und Untergrundbahnen, Bahnen besonderer Bauart und Eisenbahnen, soweit sie dem ÖPNV dienen und auf besonderem Bahnkörper geführt werden.

Neubau und Ausbau von Schienenwegen der Straßen- und Stadtbahnen, die wegen örtlicher Gegebenheiten in Teilabschnitten nicht auf einem besonderen Bahnkörper geführt werden können.

Die Bevorrechtigung des ÖPNV auf diesen Teilabschnitten ist sicherzustellen (z.B. durch Telematikabschnitte). Eine Förderung kann erfolgen, wenn wesentliche Teilabschnitte der gesamten Trasse auf besonderem Bahnkörper geführt werden.

2.1.1.2

Infrastrukturmaßnahmen zur Beschleunigung des Betriebsablaufs und zur Anschlusssicherung im ÖPNV insbesondere rechnergesteuerte Betriebsleitsysteme (RBL) und technische Maßnahmen zur Steuerung von Lichtsignalanlagen für die Bevorrechtigung und Beschleunigung des ÖPNV.

2.1.1.3

Ortsfeste Verkehrsleit- und Informationssysteme für den ÖPNV einschließlich betriebsbedingter Software zur Beschaffung und Verarbeitung von Fahrplan- und Verkehrslageinformationen sowie deren Übermittlung an den Fahrgast.

2.1.1.4

Neubau und Ausbau von zentralen Omnibusbahnhöfen (ZOB) zur Verknüpfung mehrerer Omnibuslinien untereinander oder mit anderen öffentlichen Verkehrsmitteln sowie Haltestellen und Haltestelleneinrichtungen.

2.1.1.5

Neubau und Ausbau von Park-and-ride-Anlagen für Personenkraftwagen und Krafträder sowie Bike-and-ride-Anlagen für den Übergang zum ÖPNV. Die Anlagen sind im Regelfall den Nutzern kostenfrei zur Verfügung zu stellen.

In begründeten Ausnahmefällen ist bei einer beabsichtigten Erhebung von Nutzungsentgelten die Zustimmung des NWL einzuholen. Die Nutzungsentgelte sind so zu bemessen, dass keine Gewinne erzielt werden. Die Nutzungsentgelte dürfen die Betriebskosten nicht übersteigen.

Kurzzeitparkplätze (Kiss-and-ride) sind nur zum Bringen und Abholen von Fahrgästen bestimmt. Sie sind vorrangig an Bahnhöfen einzurichten, müssen besonders gekennzeichnet und auf maximal 5 Stellplätze begrenzt sein.

2.1.2

Weitere Infrastrukturmaßnahmen des ÖPNV. Hierzu zählen:

2.1.2.1

Infrastrukturmaßnahmen im Zusammenhang mit der Einführung von Elektronischen Fahrgeldmanagements und des Digitalfunks.

Die elektronischen Systeme müssen den Standards des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) entsprechen. Sie müssen landesweit kompatibel sein.

2.1.2.2

Modernisierung und Erneuerung der ÖPNV-Infrastruktur, sofern die Maßnahme zu einer Funktionsverbesserung des ÖPNV führt. Unterhaltungsmaßnahmen sind nicht förderfähig.

2.1.2.3

Förderung ergänzender Maßnahmen zu einer Förderung werden vom NWL im Einzelfall im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen entschieden.

2.1.2.4

Bestandteile von Verkehrsleitsystemen, sofern sie nicht unter Nr. 2.1.1.3 fallen.

2.1.2.5

Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit an Bahnhöfen und Haltestellen (z.B. Videoanlagen o.ä.), soweit eine Anbindung an eine Sicherheitszentrale o.ä. gewährleistet und/oder eine Speicherung gemäß den datenschutzrechtlichen Bestimmungen vorgesehen ist. Personalkosten sind nicht zuwendungsfähig.

2.2

Nicht zuwendungsfähig sind Maßnahmen der Unterhaltung, Wartung, Sanierung, Ersatzbeschaffung und Instandsetzung sowie Betriebserschwerungskosten eines Vorhabenträgers als auch gegenseitiger Grunderwerb bei Gemeinschaftsmaßnahmen und Maßnahmen der künstlerischen Gestaltung

Darüber hinaus gilt die Abgrenzungsrichtlinie NWL (Anlage 2).

3

Zuwendungsempfänger

Kreise, kreisfreie Städte sowie kreisangehörige Städte, Zweckverbände und Gemeinden, öffentliche oder private Verkehrsunternehmen, Eisenbahnunternehmen sowie juristische Personen des privaten Rechts, die Zwecke des ÖPNV verfolgen.

4

Zuwendungsvoraussetzungen

Neben der Erfüllung der in Nr. 2 dieser Richtlinie genannten Voraussetzungen gelten weitere Voraussetzungen für die Gewährung einer Zuwendung. Insbesondere, dass

4.1

die Zielsetzung des Nahverkehrsplans des NWL, der Kreise und kreisfreien Städte beachtet werden,

4.2

die zuwendungsfähigen Ausgaben mehr als 25.000 EUR betragen,

4.3

bei Verkehrswegeinvestitionen eine Standardisierte Bewertung nach der jeweils geltenden Fassung der Verfahrensanleitung durchgeführt worden ist, wenn die voraussichtlichen zuwendungsfähigen Ausgaben 25 Mio. EUR überschreiten oder bei voraussichtlichen zuwendungsfähigen Ausgaben bis zu 25 Mio. EUR vom NWL eine Standardisierte Bewertung im Einzelfall gefordert wird.

4.4

bei streckenbezogenen Maßnahmen nach der Nr. 2.1.1.1 bei zuwendungsfähigen Ausgaben von mehr als 3 Mio. EUR als indisponibles Vorhaben oder als Vorhaben der Stufe 1 Bestandteil des Verkehrsinfrastrukturbedarfsplanes des Landes NRW – Teil Schiene – gemäß § 7 Abs.1 ÖPNVG NRW und die zweckentsprechende Nutzung sichergestellt ist,

4.5

Belange mobilitätseingeschränkter Personen im Sinne der Barrierefreiheit nach dem Bundesbehindertengleichstellungsgesetz (BGG) berücksichtigt sind. Bei der Vorhabenplanung sind die zuständigen Behindertenbeauftragten oder Behindertenbeiräte anzuhören. Verfügt eine Gebietskörperschaft nicht über Behindertenbeauftragte oder Behindertenbeiräte sind stattdessen der Landesbehindertenrat und die entsprechenden Verbände im Sinne des § 5 BGG anzuhören.

Bei wesentlichen Veränderungen der Planung hat eine erneute Anhörung zu erfolgen.

4.6

die genehmigungs- und baurechtlichen sowie bautechnischen Voraussetzungen, soweit diese erforderlich sind, hat, um es unmittelbar nach Erhalt des Zuwendungsbescheides oder bis spätestens zu dem im Zuwendungsbescheid festgelegtem Termin beginnen und zügig durchführen zu können,

4.7

die übrige Finanzierung des Vorhabens oder eines Bauabschnittes des Vorhabens mit eigener Verkehrsbedeutung gewährleistet ist,

4.8

soweit es sich um eine Infrastrukturanlage handelt, diese jedem Anbieter von Verkehrsleistungen diskriminierungsfrei zur Verfügung gestellt werden muss.

5**Art und Umfang, Höhe der Zuwendung****5.1**

Zuwendungsart: Projektförderung

5.2

Finanzierungsart: Anteilfinanzierung

5.3

Form der Zuwendung: Zuschuss (Private) / Zuweisung (Gemeinden)

5.4

Bemessungsgrundlage

5.4.1

Zur Ermittlung der zuwendungsfähigen Ausgaben ist die Richtlinie über die Abgrenzung der zuwendungsfähigen Ausgaben des NWL (Anlage 2) zu Grunde zu legen.

Zuwendungsfähig sind die unter Beachtung des Grundsatzes der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit ermittelten und vom NWL festgestellten voraussichtlichen Ist-Ausgaben des Zuwendungsempfängers.

Verwaltungsausgaben sind im Rahmen der Förderung nicht zuwendungsfähig.

5.4.2

Vorteile, die der Trägerin/dem Träger des Vorhabens oder einer/einem Dritten entstehen, die aber nicht der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse dienen, sind angemessen auszugleichen.

5.4.3

Bei Eigenleistungen der Zuwendungsempfängerin/des Zuwendungsempfängers sind die Ausgaben für das tatsächlich eingesetzte Personal zuwendungsfähig. Dabei sind die durch das Bundesministerium der Finanzen festgestellten Personalkostensätze für Kostenrechnungen/Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen zu beachten. Bei Zuwendungsempfängerinnen/Zuwendungsempfängern, die nicht das öffentliche Besoldungs-/Vergütungsrecht anwenden, sind folgende Vergütungsgruppen zu Grunde zu legen:

Diplomingenieur(in) (TU/TH)	TVöD EG 14
Diplomingenieur(in) (FH)	TVöD EG 11
nichttechnische(r) Sachbearbeiter(in)	TVöD EG 8
weitere(r) Mitarbeiter(in)	TVöD EG 5.

Es sind die Personalkostensätze für die nachgeordneten Bundesbehörden ohne die sonstigen Personalgemeinkosten anzuwenden, und zwar die maßgeblichen Sätze zum Zeitpunkt des Entstehens der Aufwendungen.

5.4.4

Die Fördersätze werden gesondert in Anlage 1 festgelegt.

6

Sonstige Zuwendungsbestimmungen

6.1

Die sonstigen Zuwendungsbestimmungen sind in der Anlage 7 (Muster-Zuwendungsbescheid) näher geregelt. Die Planungs- und Entwurfsgrundlagen für Stadtbahnen im Lande Nordrhein-Westfalen, RdErl. d. Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr v. 30.6.1982 (SMBl. NRW. 923) und der Erlass d. Ministeriums für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr v. 8.1.1996 – 632-20-12 – zur Förderung von rechnergesteuerten Beschleunigungs- und Betriebsleitsystemen (RBBL) sowie die hierzu ergangenen Auslegungserlasse sind anzuwenden, soweit nachfolgend nichts anderes bestimmt ist.

6.2

Von den Planungs- und Entwurfsgrundlagen für Stadtbahnen im Lande Nordrhein-Westfalen, RdErl. d. Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr v. 30.6.1982 (SMBl. NRW. 923), sind Ausnahmen bei der Bahnsteighöhe zuzulassen, sofern mittel- und niederflurige Stadtbahnfahrzeuge zum Einsatz kommen.

6.3

Bei Maßnahmen nach den Nrn. 2.1.1.2 und 2.1.1.3 einschließlich deren Modernisierung nach Nr. 2.1.2.2 sowie nach Nr. 2.1.2.1 ist eine räumlich übergreifende Funktionalität/Kompatibilität sicher zu stellen.

6.4

Im Zuwendungsbescheid ist für bauliche und betriebstechnische Anlagen eine Zweckbindungsfrist gemäß der Anlage 1 festzulegen.

6.5

Der Zuwendungsempfänger hat die zweckentsprechende Nutzung der Park-and-ride-Anlagen spätestens zwei Jahre nach Inbetriebnahme nachzuweisen. Sie wird dann als gegeben angenommen, wenn durch den Nachweis ein Auslastungsgrad von mindestens 80 % der geförderten Plätze werktags nachgewiesen ist. Sollte die geforderte Auslastung nach zwei Jahren nicht erreicht werden, ist dem Zuwendungsempfänger Gelegenheit zu geben durch geeignete Maßnahmen in weiteren zwei Jahren dafür zu sorgen, dass der Auslastungsgrad erreicht wird. Andernfalls kann ein Teilwiderruf der bewilligten Zuwendungen einschließlich der Rückforderung und der Verzinsung erfolgen. Die jeweilige Anlage ist dann nur mit dem Anteil zuwendungsfähig, der 125 % des nachgewiesenen Auslastungsgrades entspricht.

7

Verfahren

Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendungen sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die ggf. erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gelten die VV/VVG zu § 44 LHO, soweit nicht in diesen Richtlinien Abweichungen zugelassen werden.

7.1

Anmeldung von ÖPNV-Infrastrukturmaßnahmen

Die Anmeldung von Fördervorhaben kann für Großvorhaben (> 3 Mio. €) 5 Jahre im Voraus, im Übrigen spätestens jedoch zum 31. Januar des dem vorgesehenen Baubeginn vorausgehenden Jahres beim NWL erfolgen.

Der Anmeldung sind i.d.R. die unter Nr. 9 Anlage 3 näher bezeichneten Unterlagen in einfacher Ausfertigung beizufügen.

Sofern sich bei angemeldeten Vorhaben Änderungen insbesondere bezüglich des Beginns, des Durchführungszeitraumes, der voraussichtlichen Ausgaben, der Finanzierung oder der Planung ergeben, hat dies der Träger des Vorhabens unverzüglich schriftlich beim NWL anzuzeigen.

Statt der Anmeldung kann auch ein Antrag (Anlage 4) eingereicht werden.

7.2

Maßnahmenkatalog (ÖPNV-Förderkatalog)

Die zur Förderung angemeldeten Maßnahmen werden in den Maßnahmenkatalog aufgenommen. Werden vom Antragsteller mehrere Maßnahmen für ein Beginnjahr angemeldet, muss er priorisieren.

Aus dem Maßnahmenkatalog werden die zu fördernden Maßnahmen für den ÖPNV-Förderkatalog festgelegt und durch die Verbandsversammlung des NWL in der ersten Hälfte des Jahres beschlossen. Hierbei kann die Verbandsversammlung Förderschwerpunkte wie z.B. Großvorhaben festlegen, die dann vorrangig befriedigt werden. Der Verbandsvorsteher wird ermächtigt bei freien Haushaltsmitteln zusätzliche Vorhaben bis 0,15 Mio. € für das jeweilige Haushaltsjahr in den Förderkatalog aufzunehmen.

Maßnahmen, die im Jahr ihrer vorgesehenen Durchführung (Einplanungsjahr) nicht bewilligungsreif sind, sind nach vorheriger Anhörung des Zuwendungsempfängers aus dem Förderkatalog zu nehmen. Eine Neuanschuldung der Maßnahme durch den Zuwendungsempfänger zu einem späteren Zeitpunkt bleibt unbenommen.

7.3

Einplanungsmitteilung

Nach Beschluss des ÖPNV-Förderkataloges unterrichtet die NWL die Antragsteller über die Aufnahme in den Förderkatalog (Einplanungsmitteilung) unter Angabe der geplanten jährlichen Finanzierungsraten. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass durch die Einplanungsmitteilung ein Rechtsanspruch auf Förderung weder dem Grunde noch der Höhe nach begründet wird.

Der Antragsteller ist zu verpflichten, Änderungen des Vorhabens, insbesondere bezüglich Beginn, Durchführungszeitraum, voraussichtliche Ausgaben, Finanzierung und Planung unverzüglich schriftlich der NWL mitzuteilen.

7.4

Förderantrag

Nach Aufnahme in den ÖPNV-Förderkatalog können Zuwendungen für die Vorhaben gewährt werden. Hierfür ist ein entsprechender Antrag erforderlich. Der Antrag soll dem NWL spätestens bis zum 31. Dezember des dem vorgesehenen Baubeginn vorausgehenden Jahres zweifach vorgelegt werden.

Dem Antrag sind i.d.R. die unter Nr.9 Anlage 4 näher bezeichneten Unterlagen in zweifacher Ausfertigung beizufügen.

Der Zuwendungsgeber kann die Anforderungen an die Unterlagen je nach Art des Vorhabens auf das notwendige Maß festlegen.

Einzelne Bauleistungen, die aus bautechnischen, baubetrieblichen oder wirtschaftlichen Gründen bereits vorsorglich mit einem Bauvorhaben (Erstvorhaben) ausgeführt werden

sollen (Vorsorgemaßnahmen), deren Nutzen allerdings erst mit der Realisierung eines späteren nach diesen Richtlinien zu fördernden Verkehrsvorhabens (Zweitvorhaben) gegeben ist, können auf Antrag vom Zuwendungsgeber zuwendungsunschädlich zugelassen werden. Der Antragsteller ist darauf hinzuweisen, dass mit der Anerkennung einer Vorsorgemaßnahme jedoch kein Anspruch auf eine spätere Förderung des Zweitvorhabens begründet wird.

Wenn im Zeitraum zwischen Antragstellung und Bewilligung mit dem Vorhaben begonnen werden soll, können im Einzelfall bei Vorliegen der Voraussetzungen der Nr. 1.3.1 VV/VVG zu § 44 LHO Ausnahmen vom Verbot des vorzeitigen Maßnahmenbeginns (Nr. 1.3 VV/VVG zu § 44 LHO) von der NWL auf Antrag zugelassen werden, sofern die Einplanungsmitteilung und der Nachweis des uneingeschränkten Baurechts vorliegen und die Bereitschaft zu Vorfinanzierung besteht.

Die Entscheidung über einen vorzeitigen zuschussunschädlichen Maßnahmebeginn erfolgt durch einen rechtsmittelfähigen Bescheid; eine Zustimmung wird auf 12 Monate nach Zugang des Bescheides befristet.

7.5

Bewilligung

Die NWL prüft den Antrag auf Erfüllung der Fördervoraussetzungen nach Nr. 4, sowie die Zuwendungsfähigkeit der veranschlagten Ausgaben und hält das Ergebnis der Prüfung gemäß dem Muster der Anlage 6 fest.

Zur Prüfung können weitere Unterlagen beim Antragsteller angefordert werden.

Eine Ausfertigung des geprüften Antrags ist dem Antragsteller spätestens mit dem Bewilligungsbescheid zurückzugeben.

7.5.1

Die NWL erteilt dem Antragsteller den Zuwendungsbescheid (Muster: Anlage 7). Vor Erteilung des Zuwendungsbescheides wird der Zuwendungsempfänger formell angehört.

Der Landesrechnungshof verzichtet auf die Übersendung eines Abdruckes des Zuwendungsbescheides.

7.5.2

Im Bewilligungsbescheid ist eine Zweckbindungsfrist entsprechend den Nrn. 6.4 bzw. 6.5 festzusetzen. Sie beginnt mit der Vorlage des prüffähigen Verwendungsnachweises.

7.5.3

Soweit von der der Bewilligung zugrundeliegenden Planung erheblich abgewichen werden muss, ist vor der Verwirklichung dieser abweichenden Planung die Zustimmung der NWL einzuholen.

Ausgabensteigerungen einer bewilligten Maßnahme (z.B. wegen Ausgabenerhöhungen aufgrund von allgemeinen Preissteigerungen, Ausschreibungsergebnissen, Auflagen im Planfeststellungsbeschluss) führen nicht zu einer Erhöhung der Zuwendungen. Ausnahmen sind nur aus besonderen Gründen bei Anlegung des strengsten Maßstabes zulässig.

7.5.4

Im IV. Quartal des laufenden Jahres wird ein Mittelausgleich (Muster: Anlage 9) auf Grundlage der eingegangenen Meldungen der Antragsteller durchgeführt. Im Mittelausgleich hat die NWL die Möglichkeit, den geänderten finanziellen Vorstellungen durch Umbewilligungen zu entsprechen.

7.6

Auszahlung

Der Zuwendungsempfänger hat die Auszahlung von Teilbeträgen der Zuwendung beim Zuwendungsgeber (Muster: Anlage 10) entsprechend zu beantragen. Dem Antrag ist jeweils ein fortgeschriebenes Ausgabeblatt (Muster: Anlage 8) beizufügen.

7.7

Verwendungsnachweis

Die NWL prüft, ob der Zuwendungsempfänger die bestimmungsgemäße Verwendung der Zuwendungen jährlich durch das fortgeschriebene Ausgabeblatt nachgewiesen hat.

Die NWL prüft den zweifach vorzulegenden Verwendungsnachweis (Muster: Anlage 11) und hält das Ergebnis in einem Vermerk fest. Wird der Verwendungsnachweis nicht innerhalb der in den ANBest-P/G genannten Frist der NWL vorgelegt, so kann die NWL nach Anhörung des Antragstellers die Zuwendung neu festsetzen.

8

Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt mit Wirkung vom ... in Kraft.

Anlagen:

- Anlage 1: Fördersätze bei der Förderung von ÖPNV-Infrastrukturmaßnahmen
- Anlage 2: Abgrenzungsrichtlinie NWL
- Anlage 3: Anmeldung zur Gewährung einer Zuwendung
- Anlage 4: Antrag auf Gewährung einer Zuwendung
- Anlage 5: Ermittlung der zuwendungsfähigen Ausgaben
- Anlage 6: Vermerk über das Ergebnis der Prüfung des Antrags
- Anlage 7: Muster Zuwendungsbescheid
- Anlage 8: Muster Ausgabeblatt
- Anlage 9: Muster Mittelausgleich
- Anlage 10: Antrag auf Auszahlung von Teilbeträgen
- Anlage 11: Muster Verwendungsnachweis

Förderfähige Vorhaben	Grundlage	Fördersatz	Zweckbin- dungsfrist
Neu- und Ausbau von Verkehrs- wegen	Nr. 2.1.1.1	85 %	20 Jahre
Beschleunigungsmaßnah- men und/oder Anschlusssi- cherung	Nr. 2.1.1.2	75 %	20 Jahre
Ortsfeste Verkehrsleit- und Informationssysteme	Nr. 2.1.1.3	75 %	10 Jahre
Neu- und Ausbau von ZOB, Haltestellen und Haltestel- leneinrichtungen	Nr. 2.1.1.4	75 %	20 Jahre
Park-and-ride / Bike-and- ride- Anlagen, Kurzzeitparkplätze	Nr. 2.1.1.5	75 %	20 Jahre
Infrastrukturmaßnahmen im Zusammenhang mit EFM und Digitalfunk	Nr. 2.1.2.1	50 %	10 Jahre
Modernisierung und Erneue- rung der ÖPNV-Infrastruktur	Nr. 2.1.2.2	75 %	20 Jahre
Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit	Nr. 2.1.2.5	75 %	10 Jahre

Spezifische zuwendungsfähige Höchstbeträge bei einzelnen Fördergegenständen von ÖPNV-Infrastrukturmaßnahmen

1 Zentrale Omnibusbahnhöfe (ZOB)

Normalbus	130.000,- €/Stellplatz
Gelenkbus	195.000,- €/Stellplatz
Warteplatz	65.000,- €/Stellplatz

Diese Beträge (bezogen auf einen Stellplatz) beinhalten die zuwendungsfähigen Bau- und Materialausgaben für den ZOB einschließlich der Überdachungsanlagen, der Zufahrtsstraßen und Zuwegungen und die zuwendungsfähigen Ausgaben für den Grunderwerb. Einzurichtende digitale Fahrgastinformationsanlagen (DFI) fallen nicht unter diese Förderobergrenze und werden gesondert gefördert.

2 Park-and-ride-Anlagen

ebenerdige Anlagen	5.000,- €/Stellplatz
Parkbauten	9.000,- €/Stellplatz
Behindertenstellplätze (ebenerdig)	7.000,-€/Stellplatz
Behindertenstellplätze (Parkbauten)	12.500,-€/Stellplatz

Diese Beträge (bezogen auf einen Stellplatz) beinhalten alle für die Nutzung der Park-and-ride-Anlage notwendigen zuwendungsfähigen Bau- und Materialausgaben einschließlich der zuwendungsfähigen Ausgaben für den Grunderwerb, die Zufahrtsanlagen und Wegleitsysteme.

Weitere Grundsätze:

Die Wahl von Standorten und der Stellplatzbedarf für Park-and-ride-Anlagen sind auf den fortschreitenden Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes abzustimmen. Dies kann in einen stufenweisen Ausbau erfolgen. Die Mindestgröße beträgt im Regelfall 20 Stellplätze. Bei Großanlagen sollte eine 1. Baustufe von 300 Stellplätzen nicht überschritten werden.

3 Bike-and-ride-Anlagen

Fahrradstände (ohne Überdachung)	210,-€/Stellplatz
Fahrradstände (einschl. Überdachung)	800,- €/Stellplatz
Fahrradboxen	1.100,- €/Stellplatz

Diese Beträge (bezogen auf einen Stellplatz) beinhalten die Bau- und Materialausgaben der Anlage (einschl. evtl. Beleuchtung) ohne die Grunderwerbsausgaben.

Ein ausreichender Witterungsschutz und die Möglichkeit einer Diebstahlsicherung sind zu gewährleisten.

4 Haltestellen (Richtwert)

Haltestellenausstattung	7.700,- €/je Wartehalle
Inklusive Papierkorb, Sitzbank, Fahrgastinformation und Haltestellenschild	

5 3S-Zentralen

Neubau: umbauter Raum	250,- €/ pro m³
Umbau: umbauter Raum	150,- €/pro m³
Hardware u. Serverraum	50.000,- €
Einrichtung je Arbeitsplatz	8.000,- €

6 Überdachungen

Bau- und Materialausgaben	1.200,- €/m²
---------------------------	--------------

Der zuwendungsfähige Höchstbetrag ist auf die Abwicklungsfläche der Bauelemente einer wirtschaftlich vertretbaren Gestaltungsform anzuwenden, die den Grundsatz eines ausreichenden

Witterungsschutzes erfüllt.

Bei Bahnhöfen des SPNV kann eine Überdachungslänge von bis zu $\frac{1}{3}$ der gesamten Bahnsteiglänge gefördert werden.

(Zuwendungsempfängerin/Zuwendungsempfänger)

(Ort) (Datum)

Telefon/Telefax:

Auskunft erteilt:

An

.....
.....

(NWL)

**Antrag
auf Auszahlung von Teilbeträgen der Zuwendungen für**

.....
Ordnungsmerkmal:.....

zum Zuwendungsbescheid der

..... vom

Nr.

1. Nach dem Zuwendungsbescheid betragen/beträgt die

1.1 GesamtausgabenEUR

1.2 zuwendungsfähigen AusgabenEUR

1.3 ZuwendungEUR

2. Von der Zuwendung nach Nr. 1.3 entfallen auf

2.1 Mittel nach Entflechtungsgesetz (EntflechtG)EUR

2.2 RegionalisierungsmittelEUR

2.3 insgesamtEUR

Der Bauauftrag ist am erteilt worden. Mit den Bauarbeiten
wurde am begonnen.

3. Bereits erhaltene Teilzahlungen in Vorjahren aus

3.1 Mittel nach Entflechtungsgesetz (EntflechtG)EUR

3.2 RegionalisierungsmittelEUR

3.3 insgesamtEUR

4. Somit noch zahlbare Zuwendungen aus

4.1 Mittel nach Entflechtungsgesetz (EntflechtG)EUR

4.2 RegionalisierungsmittelEUR

4.3 insgesamtEUR

5. Für die o. g. Maßnahme sind mir bisher Zuwendungen für das laufende
Haushaltsjahr bewilligt worden

5.1 Mittel nach Entflechtungsgesetz (EntflechtG)EUR

5.2 RegionalisierungsmittelEUR

5.3 insgesamtEUR

6. Im laufenden Haushaltsjahr bereits erhaltene Zuwendungen aus

6.1 Mittel nach Entflechtungsgesetz (EntflechtG)EUR

6.2 RegionalisierungsmittelEUR

6.3 insgesamtEUR

7. Somit im laufenden Haushaltsjahr noch abrufbare Zuwendungen aus

7.1 Mittel nach Entflechtungsgesetz (EntflechtG)EUR

7.2 RegionalisierungsmittelEUR

7.3 insgesamtEUR

8. Für das laufende Haushaltsjahr wird eine (weitere) Zuwendung zur
Auszahlung beantragt aus

8.1 Mittel nach Entflechtungsgesetz (EntflechtG)EUR

8.2 RegionalisierungsmittelEUR

8.3 insgesamtEUR

nachrichtlich:

9. Somit im <u>laufenden</u> Haushaltsjahr noch abrufbare Zuwendungen aus	
9.1 Mittel nach Entflechtungsgesetz (EntflechtG)EUR
9.2 Regionalisierungsmittel	<u>.....EUR</u>
9.3 insgesamtEUR

Es wird erklärt, dass sich die zur Auszahlung beantragte Zuwendung auf zuwendungsfähige Ausgaben bezieht, die durch Zuwendungsbescheid anerkannt sind.

Mir ist bekannt, dass die Zuwendungen nach ihrer Auszahlung alsbald, spätestens jedoch innerhalb von 2 Monaten, zweckentsprechend zu verwenden oder ansonsten zurückzahlen und vom Tag der Auszahlung an zu verzinsen sind. Die Zuwendung bitte ich zu überweisen an ¹⁾

Geldinstitut:
Bankleitzahl:
Konto-Nr.:

Diesem Antrag ist ein fortgeschriebenes Ausgabeblatt nach dem Muster der Anlage 8 der Förderrichtlinie des Zweckverbandes Nahverkehr Westfalen-Lippe beigelegt, das den aktuellen Stand zum Zeitpunkt dieses Antrags enthält. Mir ist bekannt, dass die Verpflichtung zur Vorlage eines fortgeschriebenen Ausgabeblattes zum 1. März eines jeden Jahres unberührt bleibt.

.....
(Rechtsverbindliche Unterschrift)

.....
(Name, Funktion)

¹⁾) Ggfs. Bankverbindung des Eigenbetriebs, soweit dieser das Vorhaben durchführt.

(Zuwendungsempfängerin/Zuwendungsempfänger)

(Ort/Datum)

Telefon/Telefax:

Auskunft erteilt:

An
(NWL)**Verwendungsnachweis**
(Anteilfinanzierung)

Betr.: (Maßnahme):

Ordnungsmerkmal (OM):

Durch Zuwendungsbescheid(e) des NWL			Aus Mitteln nach Entflechtungsgesetz	Regionalisierungsmittel
vom	Nr.	über EUR EUR
vom	Nr.	über EUR EUR
vom	Nr.	über EUR EUR
wurden zur Finanzierung der o. a. Maßnahme insgesamt bewilligt		 EUR EUR
Es wurden ausgezahlt		 EUR EUR
Es werden noch erwartet		 EUR EUR

I. Sachbericht

(Kurze Darstellung der durchgeführten Maßnahmen, u. a.:

- Beginn, Maßnahmedauer, Abschluss,
- Nachweis des Personals,
- Erfolg und Auswirkungen der Maßnahme (z.B. Belegungszahlen, durchschnittliche tägliche Verkehrswerte - DTV- usw.),
- etwaige Abweichungen von den dem Zuwendungsbescheid zugrundeliegenden Planungen und vom Finanzierungsplan unter Angabe der jeweiligen Änderungsanzeigen (Datum);
- soweit technische Dienststellen oder Prüfstellen des Zuwendungsempfängers beteiligt waren, sind die Berichte dieser Stellen beizufügen,
- Fotodokumentation der fertiggestellten Maßnahme.

II. Zahlenmäßiger Nachweis

1. Einnahmen

Art Eigenanteil, Leistungen Dritter, Zuwendungen ¹⁾	Lt. Zuwendungsbescheid		Lt. Abrechnung	
	EUR	v. H.	EUR	v. H.
Zuwendungen des Landes nach § 12 ÖPNVG NRW und der Förderrichtlinie des Zweckverbandes Nahverkehr Westfalen-Lippe (einschl. noch zu erwartender Beträge)				
Leistungen Dritter (z.B. KAG-Beiträge, Ablösebeträge, sonstige Kostenträger usw.)				
Bewilligte öffentliche Förderung durch sonstige Fördergeber				
Eigenanteil (Eigenanteil, bezogen auf die zuwendungsfähigen Ausgaben, und nicht zuwendungsfähige Ausgaben)				
Insgesamt	Feld 1	Feld 2 100	Feld 3	Feld 4 100

2. Ausgaben

Ausgabengliederung ¹⁾²⁾	Lt. Zuwendungsbescheid		Lt. Abrechnung	
	insgesamt	davon zuwendungs-fähig	insgesamt	davon zuwendungs-fähig
	EUR	EUR	EUR	EUR
Insgesamt	Feld 5	Feld 6	Feld 7	Feld 8

1) Sofern die Zuwendungsempfängerin oder der Zuwendungsempfänger die Einnahmen in der Sachakte in zeitlicher Reihenfolge und nach Buchungsstellen geordnet festgehalten hat, können die Einnahmen **entsprechend der Gliederung des Finanzierungsplans** (wie unter 1. dargestellt) summarisch dargestellt werden. Dies gilt sinngemäß auch für Ausgaben.

2) Bei Baumaßnahmen sind nur die Summen der Kostengruppen Grunderwerb und Baukosten (ggf. aufgeteilt in bauliche und betriebstechnische Kosten) - bei Hochbauten nach DIN 276 gegliedert, bei anderen Baumaßnahmen nach Maßgabe des Zuwendungsbescheides - anzugeben.

III. Ist-Ergebnis

	Lt. Zuwendungsbe- scheid/Finanzierungsplan zuwendungsfähig EUR	Ist-Ergebnis lt. Abrechnung EUR	Differenz (Mehr- oder Minderausgaben, Mehr- oder Mindereinnahmen, veränderter Eigenanteil) EUR
1	2	3	3 ./ 2
Ausgaben (Nr. II.2.)	aus Feld 6	aus Feld 8	
Einnahmen (Nr. II.1.)	aus Feld 1	aus Feld 3	
Eigenanteil			

IV. Bestätigungen

Es wird bestätigt, dass

- ☐ die Allgemeinen und Besonderen Nebenbestimmungen des Zuwendungsbescheides beachtet wurden,
- ☐ die Ausgaben notwendig waren, wirtschaftlich und sparsam verfahren worden ist und die Angaben im Verwendungsnachweis mit den Büchern und Belegen übereinstimmen,
- ☐ die Ergebnisse der Prüfung des Antrags (einschließlich der ergänzend vermerkten Einzelergebnisse) beachtet wurden,
- ☐ die spezifischen Höchstbeträge bei einzelnen Fördergegenständen (z. B. Höchstbeträge je Stellplatz) eingehalten oder evtl. Mehrkosten als nicht zuwendungsfähig ausgewiesen wurden,
- ☐ für die Zuwendungen bei den Ausgaben alle Rechnungen unter Ausnutzung möglicher Skonti zu Grunde gelegt wurden,
- ☐ die Inventarisierung der mit der Zuwendung beschafften Gegenstände - soweit nach Gemeindehaushaltsrecht vorgesehen - vorgenommen wurde.

.....
(Ort/Datum)

.....
(Rechtsverbindliche Unterschrift)

(.....)
(Name, Funktion)

V. Ergebnis der Prüfung durch den NWL

Der Verwendungsnachweis wurde anhand der vorliegenden Unterlagen geprüft.
Die Maßnahme wurde im Wesentlichen in Übereinstimmung mit dem Antrag und unter Berücksichtigung des Ergebnisses der Antragsprüfung ausgeführt.

Es wurde (k)eine vorzeitige Inanspruchnahme der Zuwendung festgestellt.

Die zuwendungsfähigen Ausgaben wurden mitEUR festgestellt.

Die Zuwendung beträgt aus

Aus Mitteln nach

EntflechtungsgesetzEUR

RegionalisierungsmittelEUR

InsgesamtEUR

.....
(Ort/Datum)

.....
(Unterschrift/Name)

02.04.2009

Abgrenzungsrichtlinie NWL

Abgrenzung der zuwendungsfähigen Ausgaben

1 Verwaltungs- und Planungsausgaben

1.1 Verwaltungsausgaben sind im Rahmen der Förderung der Verkehrsinfrastruktur nicht zuwendungsfähig. Hierzu zählen Personal- und Sachausgaben, insbesondere für die nachstehend aufgeführten Tätigkeiten:

- 1.1.1 Entwurfsaufstellung einschließlich der notwendigen Vorarbeiten und Untersuchungen,
- 1.1.2 Durchführung des Planfeststellungsverfahrens und anderer Verfahren zur Erlangung des Baurechts,
- 1.1.3 Ausschreibung und Vergabe der Bauarbeiten,
- 1.1.4 Bauvorbereitung, -überwachung, -lenkung und -abrechnung,
- 1.1.5 sonstige Tätigkeiten wie Öffentlichkeitsarbeit und Beratung.

1.2 Maßnahmenbezogene Planungsausgaben mit Ausnahme der für die unter Nr. 1.1.1 einzuordnende Planung werden pauschal mit 2% der zuwendungsfähigen Bauausgaben des Erstantrags als zuwendungsfähig anerkannt und den zuwendungsfähigen Bauausgaben zugerechnet. Hiervon ausgenommen sind Maßnahmen nach §§ 3 und 13 Eisenbahnkreuzungsgesetz (EkrG) und § 41 Bundeswasserstraßengesetz (WaStrG), da die entsprechenden Aufwendungen durch den Verwaltungskostenzuschlag von 10 v. H. abgegolten sind.

2 Grunderwerbsausgaben

2.1 Grundsätze

Bei einem Grundstück, das dauernd für ein Vorhaben verwendet wird, sind die Gestehungskosten unter Beachtung des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zuwendungsfähig, wenn das Grundstück nach dem 1.1.1961 erworben wurde. Dies gilt auch für Restflächen, die nicht mehr wirtschaftlich nutzbar sind.

Wird eine bestehende Anlage ausgebaut, so sind Grunderwerbskosten nur insoweit zuwendungsfähig, als bisher nicht für die Anlage genutzte Flächen in Anspruch genommen werden.

Wird für das Grundstück, das für ein Vorhaben in Anspruch genommen werden soll, einem Dritten ein Tauschgrundstück zur Verfügung gestellt, so sind

zuwendungsfähig die Gestehungskosten, die beim Kauf des für das Vorhaben erforderlichen Grundstücks entstanden wären.

Gestehungskosten für vom Vorhabenträger selbst benötigte Ersatzgrundstücke sind nur dann zuwendungsfähig, wenn sie für eine notwendige Veränderung oder Verlegung anderer Verkehrswege erforderlich sind.

Erforderlicher Grunderwerb für landschaftspflegerische Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sowie Nutzungsbeschränkungen werden behandelt wie Flächen für das Vorhaben selbst.

Bei Gemeinschaftsvorhaben ist gegenseitiger Grunderwerb nicht zuwendungsfähig.

2.2 Umfang der Gestehungskosten

2.2.1 Zu den Gestehungskosten zählen insbesondere:

- Kaufpreis für Grundstücke einschließlich der zum Zeitpunkt des Erwerbs vorhandenen Gebäude und Anlagen, soweit er sich im Rahmen des Verkehrswertes (Marktwertes) nach Wertermittlungsrichtlinien - WertR 2006 vom 1. März 2006 (Bundesanzeiger Nr. 108a vom 10. Juni 2006 – Berichtigung vom 1. Juli 2006 – Bundesanzeiger Nr. 121 S. 4798) hält,
- Ablösungsbeträge für Hypotheken oder sonstige Rechte, soweit nicht im Kaufpreis enthalten,
- Entschädigungen gemäß Landesenteignungs- und entschädigungsgesetz - EEG NW (SGV NRW 214),
- Ausgaben für Maßnahmen des passiven Lärmschutzes im Rahmen der Lärmvorsorge,
- Rechtsanwalts- und Notargebühren,
- Gerichtskosten einschließlich der Kosten für einen mit dem Grunderwerb zusammenhängenden Rechtsstreit,
- Kosten für Schlussvermessung und Katastergebühren,
- Kosten für grunderwerbsbezogene Gutachten durch vereidigte Sachverständige,
- Grunderwerbsteuer.

2.2.2 Nicht zu den Gestehungskosten gehören Maklergebühren.

2.3. Erwerb von Rechten

Für den Erwerb von Erbbaurechten oder Dienstbarkeiten gelten die Nummern 2.1 und 2.2 entsprechend.

Beim Grunderwerb auf Rentenbasis ist der kapitalisierte Rentenbetrag zuwendungsfähig, wenn die Rentenverpflichtung mit einem Versicherer zugunsten des Rentenberechtigten abgewickelt wird oder die Zuwendungsempfänge-

rin/der Zuwendungsempfänger diesen Betrag wertbeständig anlegt, um hieraus die Rente zu leisten.

2.4 Freiwerdende Grundstücke

Werden infolge eines Vorhabens Verkehrsanlagen aufgegeben und können die auf diese Weise freiwerdenden Grundstücke oder Grundstücksteile vom Träger des Vorhabens wirtschaftlich genutzt werden, so ist der Verkehrswert oder der Erlös, wenn dieser höher ist, von den zuwendungsfähigen Ausgaben des Vorhabens abzusetzen. Dies gilt nicht, soweit der Träger des Vorhabens freiwerdende Grundstücke für öffentliche Verkehrsanlagen nutzt.

2.5 Grunderwerb bei "In-sich-Geschäften"

Grunderwerbsausgaben sind nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten unter Berücksichtigung strenger Maßstäbe grundsätzlich zuwendungsfähig auch bei Grundstückskäufen

- zwischen Gemeinde und Eigengesellschaften und
- zwischen Mutter- und Tochtergesellschaften bzw. zwischen Teilgesellschaften.

Grunderwerbsausgaben sind bei Grundstückskäufen zwischen Gemeinde und (rechtlich unselbständigem) Eigenbetrieb nicht zuwendungsfähig.

3. Bauausgaben

3.1 Die Ausgaben für den Bau oder Ausbau der Verkehrswege und Verkehrsanlagen sind zuwendungsfähig. Zum Bau oder Ausbau gehören die Bauteile, Einrichtungen und Anlagen für die nach dem Stand der Technik verkehrsgerechte und betriebssichere Ausführung des Vorhabens sowie die notwendigen Folgemaßnahmen. Hierzu werden auch gerechnet:

- Aufstellen und Prüfen der Ausführungsstatik einschließlich der erforderlichen Ausführungszeichnungen und Bewehrungspläne sowie der statischen Berechnung der Hilfskonstruktionen und baulichen Zwischenzustände. Hiervon ausgenommen sind Maßnahmen nach §§ 3, 13 Eisenbahnkreuzungsgesetz (EkrG) und § 41 Bundeswasserstraßengesetz (WaStrG), da die entsprechenden Aufwendungen durch den Verwaltungskostenzuschlag von 10 v. H. abgegolten sind.
- Haftpflicht- und Bauwesenversicherung,
- Vermessungsarbeiten während der Bauausführung,
- Freimachen des Baugeländes einschließlich Kampfmittelbeseitigung (so weit nicht eine andere Stelle zur Kostenübernahme verpflichtet ist), Sichern bzw. Bergen von Bodendenkmälern,
- Baugrunduntersuchungen, die während der Baudurchführung notwendig werden,

- Eigen- und Fremdüberwachungsprüfungen (Güteprüfungen) nach technischen Vorschriften,
- Gutachten, die während der Bauausführung notwendig werden,
- Maßnahmen zur Lärmvorsorge gemäß Verkehrslärmschutzverordnung (16. BImSchV) vom 12. Juni 1990 und der Verkehrswege-Schallschutzmaßnahmenverordnung (24. BImSchV) vom 4. Februar 1997,
- Brandschutzeinrichtungen und Wasserschutzanlagen,
- Lichtzeichenanlagen einschließlich zugehöriger Steuerungsanlagen,
- Beleuchtungsanlagen, soweit sie für die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer oder für den Betrieb der Verkehrsanlage erforderlich sind,
- bauliche Sicherung bzw. Absperrung der fertiggestellten Anlage bis zur Inbetriebnahme,
- Ausstattung der Bauwerke mit stationären Prüfeinrichtungen und erforderlichen Hilfsmitteln,
- Wiederherstellungsarbeiten (z. B. bauliche Anlagen, Grünanlagen) unter Berücksichtigung eines möglichen Wertausgleichs,
- Bepflanzung und notwendige landschaftspflegerische Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen bis einschließlich der Fertigstellungspflege sowie Ersatzgeld nach Landschaftsgesetz – LG – (SGV.NRW 791),
- Entschädigungsleistungen für Einwirkungen auf benachbarte Grundstücke,
- Baustellen-Informationsschild mit Hinweis auf die Landesförderung,
- Bauwerksbücher, Bestandspläne und datenmäßige Erfassung für Ingenieurbauwerke.
- Kostenbeteiligung des Straßenbaulastträgers an den Neubaukosten einer gemeindlichen Kanalisation gem. Nr. 14 Abs. 4 der Ortsdurchfahrtsrichtlinie.

3.2.1 Beim schienengebundenen (spurgebundenen) öffentlichen Personen-nahverkehr sowie bei Omnibusbahnhöfen werden außerdem zum Bau und Ausbau der Verkehrswege bzw. -anlagen gerechnet:

- Sicherungsposten (nicht jedoch deren Ausbildung),
- Fahrstromanlagen einschließlich Unterwerke oder Gleichrichterstationen,
- Niederspannungsanlagen mit Notstromversorgung,
- Anlagen für Wasserversorgung, Heizung, Be- und Entlüftung sowie sanitäre Anlagen,
- ortsfeste Funk-, Fernmelde- und Steuerungsanlagen (Reservebauteile nur nach Maßgabe der für die technische Abnahme vorgeschriebenen notwendigen Erstausrüstung),
- Anlagen zur Fahrgastinformation und Videoüberwachung, Notrufeinrichtungen,

- ortsfeste Anlagen für Fahrkartenerwerb und –entwertung,
- Schlussreinigung.

3.2.2 Bei Mischnutzungen von Verkehrsanlagen des ÖPNV (z.B. kommerzielle Nutzung, Fern-, Güter- und Nahverkehr) ist der entsprechende Nahverkehrsanteil zuwendungsfähig.

3.3 Eigenleistungen

Bei Eigenleistungen der Zuwendungsempfängerin/des Zuwendungsempfängers sind die Ausgaben für das tatsächlich eingesetzte Personal zuwendungsfähig. Dabei sind die durch das Bundesministerium der Finanzen festgestellten Personalkostenansätze für Kostenrechnungen/Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen zu beachten. Bei Zuwendungsempfängerinnen/Zuwendungsempfängern, die nicht das öffentliche Besoldungs-/Vergütungsrecht anwenden, sind folgende Vergütungsgruppen zugrunde zu legen:

Diplomingenieur(in) (TU/TH)	TVöD EG 14
Diplomingenieur(in) (FH)	TVöD EG 11
nichttechnische(r) Sachbearbeiter(in)	TVöD EG 8
weitere(r) Mitarbeiter(in)	TVöD EG 5

Es sind die Personalkostenansätze für die nachgeordneten Bundesbehörden ohne die sonstigen Personalgemeinkosten anzuwenden und zwar die maßgeblichen Sätze zum Zeitpunkt des Entstehens der Aufwendungen.

3.4 Zum Bau oder Ausbau von Verkehrswegen oder -anlagen werden insbesondere nicht gerechnet:

- Zusätzliche Bauleistungen für zweckfremde Anlagen, wie Fern- und Güterverkehrsanlagen, Zugänge zu Warenhäusern, Ladenbauten,
- Betriebserschwernisse beim Träger des Vorhabens oder dem Verkehrsträger, die durch das Fördervorhaben verursacht werden,
- Schaffung von Ersatzparkraum des Vorhabenträgers,
- Ablösung von Betriebs- und Erhaltungskosten nach § 15 Abs. 4 EKrG,
- Finanzierungskosten,
- Ersatzmaßnahmen und bau- und betriebstechnische Nachrüstungen, soweit ein verkehrlicher Nutzen nicht gegeben ist,
- künstlerische Ausgestaltung.

3.5 Des Weiteren sind nicht zuwendungsfähig:

- Anteile Dritter,
- Ausgaben für Erschließungsanlagen in Höhe des beitragsfähigen Erschließungsaufwandes nach §§ 127 ff Baugesetzbuch (BauGB) und des Beitrags nach der Mustersatzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Kom-

munalabgabengesetz NRW – KAG – (SGV.NRW 610) für straßenbauliche Maßnahmen.

- 3.6** Müssen Anlagen eines Dritten im Zuge einer Fördermaßnahme verlegt, verändert oder erneuert werden und sind die hierfür entstehenden Kosten zuwendungsfähig, so sind unter enteignungsrechtlichen Gesichtspunkten auch die dem Dritten entstehenden Aufwendungen für Ingenieurleistungen (z. B. für Planung, Bauleitung und Abrechnung) in angemessenem Umfang zuwendungsfähig. Dies gilt nicht, sofern es sich bei den Anlagen Dritter um Verkehrswege oder Verkehrsanlagen handelt.

Die Zuordnung von Ausgaben als zuwendungsfähig oder nicht zuwendungsfähig gilt unabhängig davon, ob diese von der Vorhabenträgerin/vom Vorhabenträger, von der Zuwendungsempfängerin/dem Zuwendungsempfänger oder in dessen Auftrag von einer(m) Dritten/Auftragnehmer(in) erbracht werden.

4. Abgrenzung der zuwendungsfähigen Ausgaben bei Umleitungsstrecken

4.1 Herrichtung der Umleitungsstrecke

Die notwendigen Ausgaben für die Herrichtung von Umleitungsstrecken, die für die Durchführung eines förderungsfähigen Vorhabens erforderlich werden, sind zuwendungsfähig. Zur Herrichtung gehören auch die Wiederherstellung des früheren Zustandes sowie die Beseitigung wesentlicher durch die Umleitung verursachter Schäden.

In der Regel sollen Umleitungsstrecken behelfsmäßig so hergerichtet werden, wie es unter Berücksichtigung der Verkehrssicherheit für die Aufnahme des Umleitungsverkehrs erforderlich ist. Werden dennoch bei der Herrichtung der Umleitungsstrecke Maßnahmen getroffen, die allein für die Umleitung nicht erforderlich wären, so sind die insoweit entstehenden Kosten nicht zuwendungsfähig.

4.2 Ersatzverkehr

Ist es wirtschaftlicher, anstelle einer Umleitungsstrecke für einen Schienenweg einen Ersatzverkehr einzurichten, können die Kosten für die Beschaffung (Anmietung, gegebenenfalls Ankauf) der erforderlichen Fahrzeuge zuwendungsfähig sein, wenn und soweit der Ersatzverkehr nicht mit vorhandenen Fahrzeugen durchgeführt werden kann.

Bei der Festsetzung der zuwendungsfähigen Ausgaben ist der Restwert der erworbenen Fahrzeuge, den diese nach Beendigung des Ersatzverkehrs noch haben (Verkehrswert oder Verkaufserlös, falls dieser höher ist), abzusetzen. Der Restwert ist spätestens bei Vorlage des Verwendungsnachweises vom Zuwendungsempfänger zu belegen. Bis dahin sind die zuwendungsfähigen Ausgaben für die Fahrzeugbeschaffung vorläufig aus dem Verhältnis einer li-

nearen Abschreibung der Fahrzeuge zur veranschlagten Umleitungsdauer festzusetzen.

4.3 Betriebserschwernisse

Kosten für Betriebserschwernisse, die dem Träger des Vorhabens selbst oder dem Verkehrsträger durch die Umleitung entstehen, sind nicht zuwendungsfähig. Entschädigungen, die an einen Dritten für Betriebserschwernisse zu leisten sind, sind zuwendungsfähig.

4.4 Vorteilsausgleich

Werden nach Beendigung der Umleitung Stoffe zurückgewonnen (z.B. Signalanlagen), so ist der Wert von den zuwendungsfähigen Ausgaben abzusetzen. Erwirbt der Bauträger durch die Herrichtung der Umleitungsstrecke einen erheblichen bleibenden materiellen Vorteil, so ist dieser bei der Festsetzung der zuwendungsfähigen Ausgaben angemessen zu berücksichtigen. Das gilt nicht, wenn der für die Umleitung benutzte Verkehrsweg selbst förderfähig ist.

Anlage 3 NWL § 12

**Zweckverband Nahverkehr
Westfalen-Lippe
ÖPNV-Infrastrukturförderung
Schorlemerstraße 26
48143 Münster**

**Anmeldung
zur Gewährung einer
Zuwendung**

[]

Zuwendung nach § 12 ÖPNVG NRW (ÖPNV-Infrastruktur)

Wird vom NWL ausgefüllt:

Ordnungsmerkmal:

1. Anmeldende Stelle		
Name/Bezeichnung:		
Anschrift	Straße/PLZ/Ort/Kreis	
	Postfach-Nr.	
	PLZ zum Postfach	
	PLZ für Großkunde	
Auskunft erteilt:	Name/Tel. (Durchwahl)/Telefax-Nr.	
Internet-, E-Mail-Adresse	Internet-Adresse	E-Mail-Adresse
Gemeindekennziffer: (nur bei Gemeinden)		

2. Maßnahme			
Bezeichnung/ angesprochener Zuwendungsbereich			
Durchführungszeitraum:	von/bis		
Gemeinden, auf die sich die Maßnahme erstreckt			
3. Gesamtkosten			
3.1 Lt. beiliegender vereinfachter Kostenberechnung/EUR			
3.2 davon grundsätzlich zuwendungsfähige Ausgaben/EUR gemäß Anlage 5			
3.3 Beantragte Zuwendung/EUR			
4. Finanzierungsplan			
	Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit (Kassenwirksamkeit)		
	20..	20..	20..
	in TEUR		
1	2	3	4
4.1 Gesamtkosten (Nr. 3.1)			
4.2 davon grundsätzlich zuwendungsfähige Ausgaben (Nr. 3.2)			
4.3 abzgl. Leistungen Dritter (ohne öffentliche Förderung)	./.	./.	./.
4.4 Zuwendungsfähige Gesamtausgaben	=	=	=
4.5 Beantragte Förderung (Nr. 5)			
4.6 bewilligte/beantragte öffentliche Förderung (ohne 4.5) durch			
4.7 Eigenanteil			

	Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit (Kassenwirksamkeit)		
	20..	20..	20.. und folg.
	in TEUR		
1	5	6	7
4.1 Gesamtkosten (Nr. 3.1)			
4.2 davon grundsätzlich zuwendungsfähige Ausgaben (Nr. 3.2)			
4.3 abzgl. Leistungen Dritter (ohne öffentliche Förderung)	./.	./.	./.
4.4 Zuwendungsfähige Gesamt- ausgaben	=	=	=
4.5 Beantragte Förderung (Nr. 5)			
4.6 bewilligte/beantragte öffentliche Förderung (ohne 4.5) durch			
4.7 Eigenanteil			
5. Angemeldete Förderung			
Zuwendungsbereich	Zuweisung/ Zuschuss EUR	Schuldendienst- hilfen/ EUR	v.H. von Nr. 4.4
1	2	3	4
Summe			

6. Begründung

6.1 Zur Notwendigkeit der Maßnahme (u.a. Raumbedarf, Standort, Konzeption, Ziel, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen, Maßnahmen desselben Aufgabenbereichs in vorhergehenden oder folgenden Jahren, alternative Möglichkeiten, Nutzen)

6.2 Zur Notwendigkeit der Förderung und zur Finanzierung (u.a.: Eigenmittel, Förderhöhe, Landesinteresse an der Maßnahme, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten)

7. Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen

Darstellung der angestrebten Auslastung bzw. des Kostendeckungsgrades, die voraussichtliche Höhe und die Tragbarkeit der Folgelasten für die Antragstellerin/für den Antragsteller, Finanzlage der Antragstellerin/des Antragstellers usw.

8. Erklärungen

Die Vertreterin/der Vertreter der anmeldenden Stelle erklärt, dass

- 8.1 mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird (als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten) und mit der Freimachung des Baufeldes nicht vor der Mitteilung der Bewilligungsbehörde über die Programmaufnahme begonnen wird;
- 8.2 mir bekannt ist, dass im Falle einer Zustimmung zu einem Maßnahmebeginn vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides ein Anspruch auf eine spätere Förderung weder dem Grunde noch der Höhe nach begründet wird und dass eine eventuelle spätere Förderung grundsätzlich nur dann möglich ist, wenn die Allgemeinen Nebenbestimmungen zur Projektförderung (ANBest-P) und die Beruflichen Nebenbestimmungen (NBest-Bau) bzw. die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gemeinden (ANBest-G) zum Beispiel hinsichtlich der Vergabe von Aufträgen beachtet werden (die genannten Nebenbestimmungen sind beim NWL erhältlich);
- 8.3 ich zum Vorsteuerabzug
- ☐ nicht berechtigt bin,
- ☐ berechtigt bin und dies bei der Berechnung der Gesamtausgaben (Nrn. 3.1, 3.2, 4.1 und 4.2) berücksichtigt habe (Preise ohne Umsatzsteuer);
- 8.4 bei der Vorhabenplanung die zuständigen Behindertenbeauftragten oder Behindertenbeiräte bzw. – da die Gebietskörperschaft nicht über Behindertenbeauftragte oder Behindertenbeiräte verfügt – die Verbände im Sinne des § 5 des Behindertengleichstellungsgesetzes v. 27.04.2002 (BGBl. I, S. 1467) angehört werden;
- 8.5 bei der Planung den Belangen von Frauen, Personen, die Kinder betreuen, Kindern und Fahrradfahrern in

geeigneter Weise Rechnung getragen wird (§ 2 Abs. 9 ÖPNVG NRW, SGV. NRW. 93);

8.6 bei der Berücksichtigung eines Wertausgleichs hinsichtlich eventuell tangierter Konzessionsverträge eine missbräuchliche Vertragsgestaltung zu Lasten des Zuwendungsgebers nicht vorliegt;

(nur bei Anmeldungen für SPNV-Infrastruktur des Bundes - Schienenwege und Stationen -)

8.7 eine Förderung nach dem Bundesschienenwegeausbaugesetz geprüft worden und nicht oder nicht in vollem Umfang möglich ist;

Begründung:

(nur bei Park- and Ride-/Bike- and Ride-Anlagen)

8.8 Die Anlage wird Nutzern des öffentlichen Personennahverkehrs

☐ unentgeltlich

☐ gegen Nutzungsentgelt gemäß Angaben im Erläuterungsbericht (nur in begründeten Ausnahmefällen) zur Verfügung gestellt.

(nur bei Fördergegenständen, bei denen nach Inbetriebnahme Daten für Verkehrsinformationen vorliegen oder gewonnen werden können, z.B. RBBL-Systeme, EFM, ABF-Systeme, dynamische Fahrgastinformations-Systeme)

8.9 mir bekannt ist, dass die in den Systemen verfügbaren oder ermittelbaren Fahrplan-, Tarif- und sonstigen Daten, die für einen übergeordneten landes- bzw. bundesweiten Verkehrsdatenverbund benötigt werden, kostenlos zur Verfügung zu stellen sind. Sollte ich nicht Eigentümer(in) dieser Daten sein, werde ich die Berechtigung hierzu schaffen;

(nur bei Förderanträgen für Video-Überwachungsanlagen und Notrufsysteme)

8.10 mir bekannt ist, dass mit der Inbetriebnahme der Video-Überwachungsanlagen und Notrufsysteme eine permanente personelle Überwachung während der Betriebsstunden der Verkehrsanlage und/oder eine Speicherung gemäß der datenschutzrechtlichen Bestimmung sicherzustellen ist;

(nur für den gemeindlichen Bereich)

8.11 für die Haushaltsführung ein Haushaltssicherungskonzept

☐ nicht erforderlich ist,

☐ genehmigt/noch nicht genehmigt ist.

Falls genehmigt/noch nicht genehmigt: Der Eigenanteil für das Vorhaben ist

☐ im genehmigten Haushaltssicherungskonzept enthalten,

☐ im noch nicht genehmigten Haushaltssicherungskonzept enthalten,

☐ im genehmigten/noch nicht genehmigten Haushaltssicherungskonzept nicht enthalten;

(nur für den außergemeindlichen Bereich)

8.12 mir bekannt ist, dass meine Angaben zum Zwecke der Bearbeitung der Anmeldung und zur Projektverwaltung im automatisierten Verfahren beim Zweckverband Nahverkehr Westfalen-Lippe gespeichert, verarbeitet und im Rahmen eines Projekt- und Programmcontrollings ausgewertet werden. Soweit andere Stellen mit der Bearbeitung der Anmeldung und Projektverwaltung beauftragt sind, werden die Daten dort gespeichert und verarbeitet sowie an den Zweckverband Westfalen-Lippe weitergeleitet. Eine Löschung der Daten erfolgt, sobald und soweit sie für die Zwecke, zu denen sie gespeichert wurden, nicht mehr benötigt werden.

Wird die Einwilligung verweigert, so steht dies dem Zustandekommen des begehrten Rechtsverhältnisses entgegen.

Wird die Einwilligung erteilt, so kann diese jederzeit schriftlich mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden. Ein Widerruf der Einwilligung steht dem Zustandekommen des begehrten Rechtsverhältnisses entgegen.

Die Einwilligung wird:

☐ erteilt

☐ nicht erteilt;

8.13 die Angaben in dieser Anmeldung (einschließlich Anmeldeunterlagen) vollständig und richtig sind.

8.14 das wesentliche Änderungen insbesondere bezüglich des Beginns, des Durchführungszeitraumes, der voraussichtlichen Ausgaben oder der Planung der Bewilligungsbehörde unverzüglich angezeigt werden.

9. Anlagen

- Beschreibung des Vorhabens,
- Darlegung, warum das Vorhaben nach Art und Umfang zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse dringend erforderlich ist, dass die Ziele der Raumordnung und Landesplanung berücksichtigt sind, es im Verkehrsentwicklungsplan oder einem für die Beurteilung gleichwertigen Plan und im Nahverkehrsplan enthalten ist, der Neubau oder streckenbezogene Ausbau von Schienenwegen mit zuwendungsfähigen Ausgaben von mehr als 3 Millionen EUR als indisponibles Vorhaben oder Vorhaben der Stufe 1 Bestandteil des Verkehrsinfrastrukturplans -Teil Schiene- gemäß § 7 Abs. 1 eingestuft ist und mit der dortigen Ausweisung übereinstimmt bzw. dass diese Voraussetzungen voraussichtlich zum Zeitpunkt der Förderung vorliegen werden,
- Mitteilung, ob und ggf. mit welchem Ergebnis eine Abstimmung mit städtebaulichen und sonstigen verkehrlichen Maßnahmen, die mit dem Bauvorhaben zusammenhängen, erfolgt ist,
- Darstellung des Betriebskonzeptes mit derzeitigen und prognostizierten Belastungszahlen,
- Darstellung der Beschaffenheit des Baugrundes (ggf. Altlasten), falls bereits Erkenntnisse vorliegen,
- Darstellung der erforderlichen Genehmigungen zur Erlangung des Baurechts (aktueller Verfahrensstand und weiteres Verfahren),
- Darstellung, wie das Vorhaben weitgehend barrierefrei gestaltet werden soll und des Verfahrensstandes hinsichtlich der Beteiligung der Behindertenvertretung(en) bei der Vorhabenplanung entsprechend Nr. 4.5 der Weiterleitungsrichtlinie NWL),
- je nach anmeldender Stelle: Stellungnahme der/des betroffenen Gemeinde, Kreises, Verkehrsunternehmens,

Verkehrsverbundes/Verkehrsgemeinschaft, Zweckverbandes

- vereinfachte Kostenberechnung,
- Finanzierungsplan und Mittelbedarfsplan,
- Übersichtsplan mit Darstellung des Liniennetzes,
- Lageplan 1: 5000 mit Einzeichnung der geplanten Gesamtmaßnahme, diese ggf. nach Bauabschnitten/Verkehrswerten unterteilt, einschließlich etwaiger bereits im Bau befindlicher oder fertiggestellter Abschnitte,
- Höhenübersichtsplan bei Streckenbauvorhaben.

(Abweichungen aufgrund der Besonderheit des Fördergegenstandes, z. B. Elektronisches Fahrgeldmanagement, sind im Einvernehmen mit der Bewilligungsbehörde zulässig.)

.....
(Ort/Datum)	(Rechtsverbindliche Unterschrift)
	(.....)
	(Name, Funktion)

Zweckverband Nahverkehr
Westfalen-Lippe
Schorlemerstraße 26
48143 Münster

**Antrag
auf Gewährung einer
Zuwendung**

[]

Zuwendung nach § 12 ÖPNVG NRW (ÖPNV-Infrastruktur)

Wird vom Zweckverband ausgefüllt:

Schlüsselbezeichnung:
Ordnungsmerkmal:

1. Antragstellerin/Antragsteller		
Name/Bezeichnung:		
Anschrift	Straße/PLZ/Ort/Kreis	
	Postfach-Nr.	
	PLZ zum Postfach	
	PLZ für Großkunde	
Auskunft erteilt:	Name/Tel. (Durchwahl)/Telefax-Nr.	
Internet-, E-Mail-Adresse	Internet-Adresse	E-Mail-Adresse
Gemeindekennziffer: (nur bei Gemeinden)		
Bankverbindung:	Konto-Nr.	Bankleitzahl
	Bezeichnung des Kreditinstituts	

2. Maßnahme			
Bezeichnung/ angesprochener Zuwendungsbereich			
Durchführungszeitraum:	von/bis		
Gemeinden, auf die sich die Maßnahme erstreckt			
3. Gesamtkosten			
3.1 Lt. beiliegender Kostenberechnung/EUR			
3.2 davon grundsätzlich zuwendungsfähige Ausgaben/EUR gemäß Anlage 5			
3.3 Beantragte Zuwendung/EUR			
4. Finanzierungsplan			
	Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit (Kassenwirksamkeit)		
	20..	20..	20..
	in TEUR		
1	2	3	4
4.1 Gesamtkosten (Nr. 3.1)			
4.2 davon grundsätzlich zuwendungsfähige Ausgaben (Nr. 3.2)			
4.3 abzgl. Leistungen Dritter (ohne öffentliche Förderung)	./.	./.	./.
4.4 Zuwendungsfähige Gesamtausgaben	=	=	=
4.5 Beantragte Förderung (Nr. 5)			
4.6 bewilligte/beantragte öffentliche Förderung (ohne 4.5) durch			
4.7 Eigenanteil			

	Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit (Kassenwirksamkeit)		
	20..	20..	20.. und folg.
	in TEUR		
1	5	6	7
4.1 Gesamtkosten (Nr. 3.1)			
4.2 davon grundsätzlich zuwendungsfähige Ausgaben (Nr. 3.2)			
4.3 abzgl. Leistungen Dritter (ohne öffentliche Förderung)	./.	./.	./.
4.4 Zuwendungsfähige Gesamt- ausgaben	=	=	=
4.5 Beantragte Förderung (Nr. 5)			
4.6 bewilligte/beantragte öffentliche Förderung (ohne 4.5) durch			
4.7 Eigenanteil			
5. Beantragte Förderung			
Zuwendungsbereich	Zuweisung/ Zuschuss EUR	Schuldendienst- hilfen/ EUR	v.H. von Nr. 4.4
1	2	3	4
Summe			

6. Begründung

6.1 Zur Notwendigkeit der Maßnahme (u.a. Raumbedarf, Standort, Konzeption, Ziel, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen, Maßnahmen desselben Aufgabenbereichs in vorhergehenden oder folgenden Jahren, alternative Möglichkeiten, Nutzen)

6.2 Zur Notwendigkeit der Förderung und zur Finanzierung (u.a.: Eigenmittel, Förderhöhe, Landesinteresse an der Maßnahme, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten)

7. Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen

Darstellung der angestrebten Auslastung bzw. des Kostendeckungsgrades, die voraussichtliche Höhe und die Tragbarkeit der Folgelasten für die Antragstellerin/für den Antragsteller, Finanzlage der Antragstellerin/des Antragstellers usw.

8. Erklärungen

Die Antragstellerin/Der Antragsteller erklärt, dass

- 8.1 mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird (als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten) und mit der Freimachung des Baufeldes nicht vor der Mitteilung der Bewilligungsbehörde über die Programmaufnahme begonnen wird/wurde;
- 8.2 mir bekannt ist, dass im Falle einer Zustimmung zu einem Maßnahmebeginn vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides ein Anspruch auf eine spätere Förderung weder dem Grunde noch der Höhe nach begründet wird und dass eine eventuelle spätere Förderung grundsätzlich nur dann möglich ist, wenn die Allgemeinen Nebenbestimmungen zur Projektförderung (ANBest-P) und die Beruflichen Nebenbestimmungen (NBest-Bau) bzw. die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gemeinden (ANBest-G) zum Beispiel hinsichtlich der Vergabe von Aufträgen beachtet werden (die genannten Nebenbestimmungen sind beim NWL erhältlich);
- 8.3 ich zum Vorsteuerabzug
- ☐ nicht berechtigt bin,
- ☐ berechtigt bin und dies bei der Berechnung der Gesamtausgaben (Nrn. 3.1, 3.2, 4.1 und 4.2) berücksichtigt habe (Preise ohne Umsatzsteuer);
- 8.4 bei der Vorhabenplanung die zuständigen Behindertenbeauftragten oder Behindertenbeiräte bzw. – da die Gebietskörperschaft nicht über Behindertenbeauftragte oder Behindertenbeiräte verfügt – die Verbände im Sinne des § 5 des Behindertengleichstellungsgesetzes v. 27.04.2002 (BGBl. I, S. 1467) angehört worden und die Stellungnahme(n) bzw. die von dem/den Behindertenvertreter(n) oder der/den Behindertenvertreterin(nen) mit unterschriebene(n) Besprechungsniederschrift(en) dieser Erklärung beigelegt sind;
- 8.5 bei der Planung den Belangen von Frauen, Personen, die Kinder betreuen, Kindern und Fahrradfahrern in

geeigneter Weise Rechnung getragen wurde (§ 2 Abs. 9 ÖPNVG NRW, SGV. NRW. 93);

8.6 bei der Berücksichtigung eines Wertausgleichs hinsichtlich eventuell tangierter Konzessionsverträge eine missbräuchliche Vertragsgestaltung zu Lasten des Zuwendungsgebers nicht vorliegt;

8.7 mir bekannt ist, dass die beantragte Zuwendung nach dem Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW) und den Verwaltungsvorschriften zum ÖPNVG NRW sowie zu § 44 Landeshaushaltsordnung NRW in Verbindung mit der Förderrichtlinie des Zweckverbandes Nahverkehr Westfalen-Lippe gewährt wird. Die Angaben in diesem Antrag (einschließlich aller Antragsunterlagen), von denen die Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung abhängig ist, subventionserheblich im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch in Verbindung mit § 1 Landessubventionsgesetz vom 24.03.1977 (SGV. NRW. 73) sowie § 2 Abs. 1 Subventionsgesetz vom 29.07.1976 (BGBl. I S. 2034) sind;

(nur bei Förderanträgen für SPNV-Infrastruktur des Bundes - Schienenwege und Stationen -)

8.8 eine Förderung nach dem Bundesschienenwegeausbaugesetz geprüft worden und nicht oder nicht in vollem Umfang möglich ist;

Begründung:

(nur bei Park- and Ride-/Bike- and Ride-Anlagen)

8.9 Die Anlage wird Nutzern des öffentlichen Personennahverkehrs

☐ unentgeltlich

☐ gegen Nutzungsentgelt zur Deckung der Betriebskosten gemäß Angaben im Erläuterungsbericht (nur in begründeten Ausnahmefällen) zur Verfügung gestellt.

(nur bei Fördergegenständen, bei denen nach Inbetriebnahme Daten für Verkehrsinformationen vorliegen oder gewonnen werden können, z.B. RBBL-Systeme, EFM, ABF-Systeme, dynamische Fahrgastinformationssysteme)

8.10 die in den Systemen verfügbaren oder ermittelbaren Fahrplan-, Tarif- und sonstigen Daten, die für einen übergeordneten landes- bzw. bundesweiten Verkehrsdatenverbund benötigt werden, kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Sollte ich nicht Eigentümer(in) dieser Daten sein, werde ich die Berechtigung hierzu schaffen;

(nur bei Förderanträgen für Video-Überwachungsanlagen und Notrufsysteme)

8.11 mit der Inbetriebnahme der Video-Überwachungsanlagen und Notrufsysteme eine permanente personelle Überwachung während der Betriebsstunden der Verkehrsanlage sichergestellt ist;

(nur für den gemeindlichen Bereich)

8.12 für die Haushaltsführung ein Haushaltssicherungskonzept

☐ nicht erforderlich ist,

☐ genehmigt/noch nicht genehmigt ist.

Falls genehmigt/noch nicht genehmigt: Der Eigenanteil für das Vorhaben ist

- ☐ im genehmigten Haushaltssicherungskonzept enthalten,
- ☐ im noch nicht genehmigten Haushaltssicherungskonzept enthalten,
- ☐ im genehmigten/noch nicht genehmigten Haushaltssicherungskonzept nicht enthalten;

(nur für den außergemeindlichen Bereich)

8.13 mir bekannt ist, dass meine Angaben zum Zwecke der Bearbeitung der Anmeldung und zur Projektverwaltung im automatisierten Verfahren beim Zweckverband Nahverkehr Westfalen-Lippe gespeichert, verarbeitet und im Rahmen eines Projekt- und Programmcontrollings ausgewertet werden. Soweit andere Stellen mit der Bearbeitung der Anmeldung und Projektverwaltung beauftragt sind, werden die Daten dort gespeichert und verarbeitet sowie an den Zweckverband Westfalen-Lippe weitergeleitet. Eine Löschung der Daten erfolgt, sobald und soweit sie für die Zwecke, zu denen sie gespeichert wurden, nicht mehr benötigt werden.

Wird die Einwilligung verweigert, so steht dies dem Zustandekommen des begehrten Rechtsverhältnisses entgegen.

Wird die Einwilligung erteilt, so kann diese jederzeit schriftlich mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden. Ein Widerruf der Einwilligung steht dem Zustandekommen des begehrten Rechtsverhältnisses entgegen oder führt zum Widerruf des Zuwendungsbescheides für die Zukunft.

Die Einwilligung wird:

☐ erteilt

☐ nicht erteilt;

8.14 die Angaben in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind.

9. Anlagen

Erläuterungsbericht mit

- ausführlicher Darlegung des angestrebten Verkehrswertes und Angaben über die Situation der derzeit vorhandenen Verkehrsanlagen und ihre Kapazität,
- Darlegung, warum das Vorhaben nach Art und Umfang zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse dringend erforderlich ist, dass die Ziele der Raumordnung und Landesplanung berücksichtigt sind, es im Verkehrsentwicklungsplan oder einem für die Beurteilung gleichwertigen Plan und im Nahverkehrsplan enthalten ist, der Neubau oder streckenbezogene Ausbau von Schienenwegen mit zuwendungsfähigen Ausgaben von mehr als 3 Millionen EUR als indisponibles Vorhaben oder Vorhaben der Stufe 1 Bestandteil des Verkehrsinfrastrukturplans -Teil Schiene- gemäß § 7 Abs. 1 eingestuft ist und mit der dortigen Ausweisung übereinstimmt bzw. dass diese Voraussetzungen voraussichtlich zum Zeitpunkt der Förderung vorliegen werden;
- (ggf.) Darlegung, dass das Vorhaben im ÖPNV-Ausbauplan enthalten oder als indisponibles Vorhaben im Rahmen der Bedarfsplanerstellung eingestuft ist und mit der dortigen Ausweisung übereinstimmt,
- Darstellung des Betriebskonzeptes mit derzeitigen und prognostizierten Belastungszahlen,
- Angaben über die Vorbereitung des Vorhabens, insbesondere über den Stand des Grunderwerbs, die rechtlichen Grundlagen und erforderlichen Genehmigungen für das Baurecht, die Beteiligungsbereitschaft Dritter (Verwaltungsvereinbarungen) sowie über die erfolgte Abstimmung mit städtebaulichen und sonstigen verkehrlichen Maßnahmen, die mit dem Bauvorhaben zusammenhängen,
- Darstellung der Beschaffenheit des Baugrundes (ggf. Altlasten),
- Angabe des vorgesehenen Vergabeverfahrens,

- Verkehrsentwicklungsplan oder ein für die Beurteilung gleichwertiger Plan, soweit dieser der Bewilligungsbehörde noch nicht vorliegt,
- Stellungnahme(n) der Behindertenvertretung(en) zur Vorhabenplanung,
- je nach Antragsteller(in): Stellungnahme der/des betroffenen Gemeinde, Kreises, Verkehrsunternehmens, Verkehrsverbundes/Verkehrsgemeinschaft, Zweckverbandes,
- Ermittlung der zuwendungsfähigen Ausgaben (Anlage 5),
- Mittelbedarfsplan,
- Kostenberechnungen, aufgliedert in Kostengruppen nach DIN 276, Flächenberechnungen und Berechnung des Rauminhalts nach DIN 277 oder Wohn- und Nutzflächenberechnung nach DIN 283,
- Bauzeitenplan,
- Liniennetzplan,
- Übersichtsplan des Vorhabens,
- Bauentwurf mit Lageplänen (M: 1:1000), Höhenplänen (M: 1:1000/100), Regelquerschnitt (M: 1:100), Sonderplänen (Grundriss, Längsschnitt, Querschnitt) - soweit zur Darstellung besonderer Bauwerke (z. B. Haltestellen, P+R-Anlagen) erforderlich - Plänen für Umleitungen, Leitungsverlegungen und Oberflächenwiederherstellung sowie Grunderwerbsplänen und -verzeichnis,
- Standardisierte Bewertung von Verkehrsweginvestitionen gemäß Nr. 4.3 der Weiterleitungsrichtlinie NWL.

(Abweichungen aufgrund der Besonderheit des Fördergegenstandes, z. B. Elektronisches Fahrgeldmanagement, sind im Einvernehmen mit der Bewilligungsbehörde zulässig.)

.....
(Ort/Datum)

.....
(Rechtsverbindliche Unterschrift)

(.....)

(Name, Funktion)

Anlage zum Antrag vom
 Vorhaben
 OM:
 Gesamtkosten: EUR

Ermittlung der zuwendungsfähigen Ausgaben

1. Grunderwerbsausgaben EUR

Hiervon sind abzusetzen:

- a) die darauf entfallenden Anteile
aus Beiträgen Dritter nach FStrG,
StrWG NRW, EKrG usw. EUR*

KAG-Beiträge nach Muster-
satzung EUR*

beitragsfähiger Erschließungs-
aufwand nach BauGB EUR*

- b) der Wert der Grundstücke und
Grundstücksteile, die nicht zu-
wendungsfähig sind EUR

- c) sonstige nicht zuwendungsfähige
Grunderwerbsausgaben EUR

- d) Werterlös Grunderwerb EUR

insgesamt abzusetzen EUR = EUR

zuwendungsfähige Grunderwerbsausgaben EUR

2. Bauausgaben EUR

Hiervon sind abzusetzen:

- a) die darauf entfallenden Anteile
aus Beiträgen Dritter nach FStrG,
StrWG NRW, EKrG usw. EUR*

KAG-Beiträge nach Muster-
satzung EUR*

beitragsfähiger Erschließungs-
aufwand nach BauGB EUR*

- b) sonstige nicht zuwendungs-
fähige Bauausgaben EUR

- c) Umsatzsteuer, falls nicht
zuwendungsfähig EUR

- d) Wert der anfallenden Stoffe bzw.
Erlöse aus ihrer Veräußerung, so-
weit nicht bei den Einheitspreisen
berücksichtigt EUR

- e) Verwaltungskosten EUR

insgesamt abzusetzen EUR = EUR

zuwendungsfähige Bauausgaben (Zwischensumme) EUR

zzgl. den zuwendungsfähigen Bauausgaben zuzurechnende
Planungsausgaben (pauschal 2 v. H. der Zwischensumme der
zuwendungsfähigen Bauausgaben) EUR

zuwendungsfähige Bauausgaben insgesamt EUR

3. Zuwendungsfähige Ausgaben insgesamt EUR

*) Aufschlüsselung gemäß Anlage

(NWL)

(Ort) (Datum)

Vermerk über das Ergebnis der Prüfung des Antrags

Zuwendungen nach § 12 ÖPNVG NRW (ÖPNV-Infrastruktur);

hier:.....

(Bezeichnung des Vorhabens)

.....

Ordnungsmerkmal:.....

Antrag/der/des..... vom

Das Vorhaben, für das die Zuwendung beantragt wird, ist in technischer und wirtschaftlicher Hinsicht geprüft worden. Gegen das Vorhaben bestehen bei Berücksichtigung der auf dem Entwurf und den bei der Prüfung vermerkten Änderungen in technischer und wirtschaftlicher Hinsicht keine Bedenken. Die Voraussetzungen nach § 12 ÖPNVG NRW sowie den Verwaltungsvorschriften zu § 12 ÖPNVG NRW und der Förderrichtlinie des Zweckverbandes Nahverkehr Westfalen-Lippe sind erfüllt (ggf. Ergänzung).

Der Antragsteller hat bisher für dieses Vorhaben – die in seinem Antrag genannten – noch keine – Zuwendungen erhalten. Über die bisherigen Zuwendungen sind die Verwendungsnachweise fristgerecht vorgelegt und ordnungsgemäß geführt worden (ggf. Bemerkungen über Beanstandungen wegen der Verwendungsnachweise gesondert).

Die Zuwendung wird wie folgt berechnet:

1. Höhe der zuwendungsfähigen GrunderwerbsausgabenEUR
2. Höhe der zuwendungsfähigen BauausgabenEUR
3. Höhe der zuwendungsfähigen Ausgaben (1. + 2.)EUR
4. Höhe der Zuwendungen (..... v. H. der Ausgabe Nr. 3)EUR
davon	
..... v. H. des Betrages der Nr. 3	
aus Mitteln nach EntflechtGEUR
.....v. H. des Betrages der Nr. 3	
aus RegionalisierungsmittelnEUR

Die Gewährung der Zuwendung wird erst mit einem bestandskräftigen Zuwendungsbescheid verbindlich.

Im Auftrag

(Unterschrift)

(NWL)

Anlage 7 NWL § 12

Az.:

.....
Ort/Datum

[(Anschrift der Zuwendungsempfängerin/
des Zuwendungsempfängers)]

[]

Zuwendungsbescheid Nr.
(Projektförderung)

Betr.: Zuwendung nach § 12 ÖPNVG NRW (ÖPNV-Infrastruktur) sowie der Förderrichtlinie des Zweckverbandes Nahverkehr Westfalen-Lippe

Bezug: Ihr Antrag vom

Anlg.: Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gemeinden (GV) – ANBest-G -
Allgemeine Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung - ANBest-P -
Baufachliche Nebenbestimmungen – NBest-Bau -
Antragsvordruck auf Auszahlung von Teilbeträgen der Zuwendung
Vordruck Mittelausgleich
Vordruck Ausgabeblatt für Haushaltsjahr
Vordruck Verwendungsnachweis
Förderantrag mit Prüfvermerk

I.

1. Bewilligung

Auf Ihren vg. Antrag bewillige ich Ihnen

für die Zeit vom _____ bis _____
(Bewilligungszeitraum)

eine Zuwendung in Höhe von _____ EUR
(in Buchstaben _____ Euro)

2. Zur Durchführung folgender Maßnahme

Genaue Bezeichnung des Zuwendungszwecks:

Dauer der Zweckbindung für mit der Zuwendung erworbene oder hergestellte Gegenstände:

Die Zweckbindung beträgt Jahre.

Sie beginnt mit der Vorlage des Verwendungsnachweises.

Während der Dauer der Zweckbindung darf die Zweckbestimmung nicht geändert oder aufgehoben werden (auch nicht teilweise).

Nach Ablauf der Zweckbindung kann von Ihnen über diese Gegenstände verfügt werden.

3. Finanzierungsart/-höhe

Die Zuwendung wird in Form der Anteilfinanzierung in Höhe von v. H.
(Höchstbetrag s. Zuwendungsbetrag)

davon aus Mitteln

Entflechtungsgesetz v. H.

davon aus Regionalisierungsmitteln v. H.

zu zuwendungsfähigen Gesamtausgaben in Höhe von EUR

als Zuweisung/Zuschuss¹ gewährt.

4. Zuwendungsfähige Gesamtausgaben

Die zuwendungsfähigen Gesamtausgaben wurden nach dem Vermerk vom
über das Ergebnis der Prüfung des Antrags, der Bestandteil dieses Bescheides ist, wie folgt
festgesetzt:

Gesamtausgaben: EUR

zuwendungsfähige Grunderwerbsausgaben EUR

zuwendungsfähige Bauausgaben EUR

zuwendungsfähige Gesamtausgaben EUR

¹ Nichtzutreffendes streichen. Zuwendungen an Gemeinden (GV) werden als **Zuweisung**, Zuwendungen an außerkommunale Zuwendungsempfänger als **Zuschuss** gewährt.

5. Bewilligungsrahmen

Die Bereitstellung des Zuwendungsbetrages ist wie folgt vorgesehen:

	insgesamt		
Im Haushaltsjahr 20.: EUR		
Im Haushaltsjahr 20.: EUR		
Im Haushaltsjahr 20.: EUR		
Im Haushaltsjahr 20.: EUR		
Im Haushaltsjahr 20.: EUR		
Im Haushaltsjahr 20. bzw. Folgejahre: EUR		
	aus Mitteln nach EntflechtG	aus Regionalisierungsmitteln	
Im Haushaltsjahr 20.: EUR EUR	
Im Haushaltsjahr 20.: EUR EUR	
Im Haushaltsjahr 20.: EUR EUR	
Im Haushaltsjahr 20.: EUR EUR	
Im Haushaltsjahr 20.: EUR EUR	
Im Haushaltsjahr 20. bzw. Folgejahre: EUR EUR	

Bei Änderung bzw. Neufassung des Zuwendungsbescheides:

Aufgrund der bisher erteilten
Zuwendungsbescheide wurden

bereits ausgezahlt:
Rückzahlung im laufenden Haus- haltsjahr:	

Eine Änderung des vorstehenden Bewilligungsrahmens bleibt in Abstimmung auf das entsprechende Förderprogramm und das jährliche Haushaltsgesetz vorbehalten. Über die Aufteilung des Betrages für Folgejahre wird vor Beginn dieses Zeitraums entschieden.

6. Auszahlung

Die Zuwendung wird erst ausgezahlt, wenn der Zuwendungsbescheid bestandskräftig geworden ist. Sie können die Bestandskraft des Zuwendungsbescheides herbeiführen und damit die Auszahlung beschleunigen, wenn sie erklären, dass Sie auf einen Rechtsmittel verzichten. Diese Erklärung bitte ich mir einzureichen.

Die Zuwendung wird in Teilbeträgen ausgezahlt. Für die Anforderung der Teilbeträge ist der entsprechende Antragsvordruck zu verwenden. Die Zuwendung wird auf Grund der Anforde-

rungen nach den ANBest-G/ANBest-P ausgezahlt. Dem Antrag ist jeweils ein fortgeschriebenes Ausgabeblatt beizufügen.

Änderungen bei der finanziellen Abwicklung sind jeweils mit dem Vordruck "Mittelausgleich" (Anlage 8 Förderrichtlinie NWL) zu beantragen. Die Anforderung ist mit in der Regel spätestens bis zum 15. Oktober des jeweiligen Jahres vorzulegen.

II.

Nebenbestimmungen

Die beigelegten ANBest-G / ANBest-P / NBest-Bau² sind Bestandteil dieses Bescheides. Abweichend oder ergänzend hierzu wird Folgendes bestimmt

(Besondere Nebenbestimmungen):

- a) Die Bewilligung der Zuwendungen aus Mitteln nach Entflechtungsgesetz und/oder Regionalisierungsmitteln erfolgt unter Bedingung der Gewährung entsprechender Mittel durch den Bund an das Land Nordrhein-Westfalen und unter der Bedingung der Gewährung entsprechender Mittel durch das Land an den Zweckverband Nahverkehr Westfalen-Lippe.
- b) Die Maßnahme ist vom bis zum durchzuführen (Durchführungszeitraum)
- c) Die Auszahlung der Zuwendung wird bis zum Abschluss der Prüfung des Verwendungsnachweises auf 90 v. H. der vorgesehenen Gesamtzuwendung begrenzt. Dies gilt nicht für Teilleistungen, für die bereits ein Verwendungsnachweis erbracht wurde.
- d) Sie sind verpflichtet, mir jährlich bis zum 1. März ein fortgeschriebenes Ausgabeblatt vorzulegen.
- e) Soweit von der der Bewilligung zugrundeliegenden Planung erheblich abgewichen werden muss (vgl. Nr. 1.3 NBest-Bau/ANBest-G), ist vor der Verwirklichung dieser abweichenden Planung hierzu meine Zustimmung einzuholen.
- f) Beträgt die Zuwendung oder bei Finanzierung durch mehrere Stellen der Gesamtbetrag der Zuwendung mehr als 500.000 EUR, sind Sie verpflichtet, vor Vergabe eines Auftrags mit einem Wert über 25.000 EUR bei Vergaben nach der VOL und/oder der VOF beziehungsweise 50.000 EUR bei Vergaben nach der VOB (jeweils Nettouftragswert nach Abzug der Umsatzsteuer) bei der Informationsstelle für Vergabeausschlüsse nachzufragen, ob Eintragungen über den vorgesehenen Bewerber oder Bieter vorliegen. Bei Eintragungen haben Sie mich vor der Vergabe des Auftrages zu unterrichten. Ihrer Anfrage an die Informationsstelle ist eine Kopie des Zuwendungsbescheides beizufügen.

Anschrift: Informationsstelle für Vergabeausschlüsse, Koordinierungs- und Beratungsstelle des Landes für Vergaben nach der VOL (KBSt-VOL), 40190 Düsseldorf (Tel.: 0211/4972-2342, Fax.: 0211/4972-2377)

- g) Bei den Zuwendungen werden Rechnungen, bei denen ein Skonto eingeräumt wird, nur in entsprechend verminderter Höhe zu Grunde gelegt.
- h) Die Erhebung von Nutzungsentgelten für Park-and-ride- und/oder Bike-and-ride-Anlagen ist nur in begründeten Ausnahmefällen und in der Höhe zulässig, zu der ich meine vorherige Zustimmung erteilt habe.²

- i) Die zweckentsprechende Nutzung der Park-and-ride / Bike-and-ride-Anlagen ist spätestens zwei Jahre nach Inbetriebnahme durch den Zuwendungsempfänger nachzuweisen. Sie wird dann als gegeben angenommen, wenn durch den Nachweis der Auslastungsgrad von mindestens 80 % der geförderten Plätze werktags nachgewiesen ist.
- j) Die Zuwendung erfolgt aus den Mitteln nach § 10 Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz und/oder § 8 Abs. 2 des Bundesregionalisierungsgesetzes und ist eine Subvention im Sinne des § 264 StGB in Verbindung mit § 1 Landessubventionsgesetz. Der Zweck der Subvention besteht in der Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs, wie sie in dem hierzu gestellten Antrag zum Ausdruck kommt.
Alle Angaben im Antrag, in den Antragsunterlagen und im Verwendungsnachweis, von denen die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung oder das Belassen der Zuwendung abhängig sind, sind subventionserhebliche Tatsachen.
- k) Für die Vergabe von Aufträgen gilt Nr. 3 der ANBest-P/G. Sofern nach dieser Vorgabe und dem Sachverhalt eine Ausnahme vom Grundsatz der öffentlichen Ausschreibung zugelassen ist, kann hierüber in eigener Verantwortlichkeit des Zuwendungsempfängers entschieden werden. Der Zuwendungsempfänger hat (in seinen Akten) das Abweichen von der öffentlichen Ausschreibung, die Abwägung und die Entscheidungsgründe nachprüfbar zu dokumentieren. Sollten kommunal geltende Vorschriften die Vergabe von Aufträgen und den Umgang mit Zuwendungen strenger regeln als die ANBest-P/G, so finden insoweit die kommunal geltenden Vorschriften Anwendung.
- l) Der Widerruf des Zuwendungsbescheides für die Zukunft bleibt vorbehalten, wenn die Zuwendungsempfängerin/der Zuwendungsempfänger ihr/sein Einverständnis nach Nr. 8.13 des Antrags für die Zukunft widerruft.²
- m) Der Verwendungsnachweis ist auch dann nach dem Muster der Anlage 11 der Förderrichtlinie des Zweckverbandes Nahverkehr Westfalen-Lippe zu führen, wenn die NBest-Bau Bestandteil dieses Zuwendungsbescheides sind. Nr. 3.1 Satz 1 der NBest-Bau ist somit nicht anzuwenden.³

III. Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift bei mir (Bezeichnung und Anschrift) einzulegen.

Sollte die Frist durch das Verschulden eines von Ihnen Bevollmächtigten versäumt werden, würde dessen Verschulden Ihnen zugerechnet werden.

² Nichtzutreffendes streichen

³ bei Gemeinden (GV) streichen

.....
(Unterschrift)

Ausgabeblatt für Haushaltsjahr 20..
(fortgeschrieben)

(Zuwendungsempfängerin/Zuwendungsempfänger)

Maßnahme

Ordnungsmerkmal

Lfd. Nr.	Tag der Wertstellung der Überweisung	Haushaltsstelle bzw. Buchungs- stelle einschl. Sachbuchnr.	a) Empfänger(in) der Zahlung (bei den von den Ausgaben abzusetzenden Einzahlungen: Bezeichnung der/des Einzahlungs- pflichtigen) b) Grund der Zahlung	Auszahlungen (einschl. Ab- schlagszahlung) oder von den Ausgaben abzusetzende Einnahmen	Aufrechnung (Gesamtaus- gabe)	Aufteilung der Ausgaben der Spalte 5			Aufrechnung (zuwendungs- fähige Ausgaben)
						zuwendungsfähige Ausgaben		nicht zuwendungs- fähige Ausgaben	
						Bauausga- ben	Grunderwerbs- ausgaben	Ausgaben	
						EUR Ct	EUR Ct	EUR Ct	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Übertrag:									

Die Einnahmen und Ausgaben stimmen mit den Belegen und den Eintragungen in den Büchern überein. Sie sind ausschließlich für die o. g. Maßnahme angefallen. Bei den angegebenen zuwendungsfähigen Ausgaben handelt es sich um solche, die durch Zuwendungsbescheid anerkannt wurden.

.....
(Rechtsverbindliche Unterschrift)

Anlage 9 NWL § 12

(Zuwendungsempfängerin/Zuwendungsempfänger)

(Ort) (Datum)

Telefon/Telefax:

Auskunft erteilt:

An

.....

.....

(Bewilligungsbehörde)

Förderung nach § 12 ÖPNVG NRW (ÖPNV-Infrastruktur) – Mittelausgleich –

a) Abruf von Zuwendungen im Haushaltsjahr

b) Bedarf an Zuwendungen in den Haushaltsjahren bis

für Vorhaben

Ordnungsmerkmal:

Mit den Arbeiten an dem o. g. Vorhaben wurde/wird am..... begonnen. Sie werden voraussichtlich am/im..... beendet sein. Hinweise auf besondere Schwierigkeiten bei der Bauausführung, die zu einem nicht rechtzeitigen Abruf der Zuwendungen führen können:

a) Mittelbedarf im laufenden Haushaltsjahr

aus Mitteln nach

Entflechtungsgesetz

aus

Regionalisierungsmitteln

1. Für das HH-Jahr

EUR

EUR

1.1 bewilligte Beträge gemäß

Zuwendungsbescheid Nr.

1.2 tatsächlich benötigte Beträge

2. Mithin ergibt sich ein

2.1 Mehrbedarf von

2.2 Minderbedarf von

3. Ich bitte um eine entsprechende Mittelbereitstellung, da der Baufortschritt bereits jetzt erkennen lässt, dass der Abruf der Mittel in der beantragten Höhe mit Sicherheit erfolgen kann.

4. Begründung des Minderbedarfs:

b) Bereitstellung der Zuwendungen in den Haushaltsjahren bis

Entsprechend dem erwarteten Baufortschritt werden Zuwendungen wie folgt beantragt:

Haushaltsjahr

.....

Aus Mitteln nach

Entflechtungsgesetz

EUR

.....

aus Regionalisierungsmitteln

EUR

.....

.....
.....
.....
.....

Die vorstehenden Zahlenwerte wurden so sachgerecht wie möglich ermittelt. Erkennbare Abweichungen werden unverzüglich gemeldet.

.....
(Rechtsverbindliche Unterschrift)

.....
(Name, Funktion)